

# Die OeBiX-Studie

Zum Stand der  
Ökonomischen Bildung in Deutschland

**ABSCHLUSSBERICHT**

Eine Studie im Auftrag der



Flossbach von Storch  
STIFTUNG

wissenschaftlich realisiert vom



INSTITUT FÜR  
ÖKONOMISCHE BILDUNG

**ABSCHLUSSBERICHT**  
Inhaltsverzeichnis

3	1. Ausgangslage und Zielsetzung
4	2. Forschungsgegenstand
5	3. Methodisches Vorgehen
5	3.1. Indexbildung
6	3.2. Datenselektion und -recherche
8	3.3. Bestimmung der Variablen
9	3.4. Berechnung des Index
11	3.5. Expert*inneninterviews
12	4. Ergebnisse
12	4.1. Gesamtindex OeBiX
13	4.2. Ökonomische Bildung in der Schule
18	4.3. Ökonomische Bildung in der Lehrkräftebildung
20	4.4. Zum Status Quo der ökonomischen Bildung in den Bundesländern
37	5. Limitationen der Studie
38	Literatur
39	Impressum

*Autoren*

Prof. Dr. Dirk Loerwald, Dr. Stephan Friebel-Piechotta, Dennis Bode  
Institut für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg

*Projektförderer*

Flossbach von Storch Stiftung



# 1. Ausgangslage und Zielsetzung

Ökonomische Bildung ist ein unverzichtbarer Teil von Allgemeinbildung. Darüber besteht heute ein breiter gesellschaftlicher, politischer und wissenschaftlicher Konsens. Ohne ein (auch) ökonomisch fundiertes Verständnis von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik lässt sich die zunehmend komplexer werdende Wirtschafts-, Arbeits- und Lebenswelt nicht bewältigen, und es können die Strukturen und Funktionsweisen der modernen, funktional ausdifferenzierten Gesellschaft nicht verstanden werden. Dies gilt ebenfalls für die Bedingungen, unter denen gesellschaftliche Werte in ökonomischen Kontexten wirksam werden. Schülerinnen und Schülern im allgemeinbildenden Schulwesen muss heute eine sozial verantwortete Teilhabe an Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ermöglicht werden.

Aber: Wie ist die ökonomische Bildung im allgemeinbildenden Schulsystem in Deutschland verankert? In welchen Fächern und in welchem Umfang wird sie unterrichtet? Wie viele Stunden sind in den Bundesländern an den verschiedenen Schulformen in welchen Jahrgängen für welches Fach vorgesehen? Und was passiert in der Wirtschaftslehrkräftebildung an den Hochschulen? Welche Studiengänge gibt es und von welchen Professuren werden sie verantwortet? Wie viele wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Module enthalten die Studiengänge?

Diese und viele weitere Fragen konnten bis dato nicht systematisch beantwortet werden, weil dazu keine entsprechenden Daten erhoben wurden. So standen bisher lediglich die inhaltliche Analyse von Lehrplänen bzw. schulischen Rahmenvorgaben (vgl. vor allem Schlösser/Weber 1999) sowie von Zentralabituraufgaben für die ökonomische Bildung (vgl. Kirchner/Loerwald 2013) oder eine Bestandsaufnahme der Verankerung der ökonomischen Bildung in einem einzigen Bundesland (Schmid et al. 2012) im Fokus entsprechender Untersuchungen. Eine bundesweite Analyse der Verankerung der ökonomischen Bildung in den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen lag bis dato nicht vor.

Damit fehlte im Bereich der ökonomischen Bildung eine systematische Grundlage für eine faktenbasierte Qualitätsentwicklung und eine evidenzbasierte Bildungspolitik. Dies ist besonders problematisch, weil sich die Ausgangslage als vergleichsweise komplex darstellt. In der ökonomischen Bildung gibt es kein bundesweit einheitliches Fach Wirtschaft mit entsprechenden Lehramtsstudiengängen, wie dies in fast allen anderen Fächern üblich ist (z. B. Erdkunde, Geschichte, Biologie, Chemie, Sport). Auch nach allen Diskussionen der letzten Jahrzehnte ist in den 16 Bundesländern mit bis zu je vier verschiedenen allgemeinbildenden weiterführenden Schulformen und zwei Schulstufen eine sehr heterogene Verankerung der ökonomischen Bildung zu verzeichnen. Das Spektrum der Fächer reicht von Weltkunde, Politik, Erdkunde oder Verbraucherbildung über Gemeinschaftskunde, Gesellschaftslehre, Sozialwissenschaften, Sozialkunde oder Arbeitslehre bis hin zu Wirtschaft, Wirtschaftslehre, Wirtschaft und Berufs- und Studienorientierung oder Wirtschaft und Recht.

Ähnlich ausdifferenziert ist dementsprechend die Verankerung der ökonomischen Bildung an den Hochschulen, was sich beispielsweise an den inhaltlich zum Teil sehr unterschiedlich ausgerichteten Lehramtsstudiengängen zeigt. Die wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftsdidaktischen Anteile in den Studiengängen variieren je nach Bundesland und Studienstandort sehr stark. Auch die Denominationen der entsprechenden fachdidaktischen Professuren sind letztlich nicht selten von dieser Heterogenität geprägt.

Um in dieser unübersichtlichen Lage den Überblick zu behalten, werden Daten benötigt, die zum einen die Situation innerhalb der Bundesländer erfassen, zum anderen aber auch einen Vergleich zwischen den Bundesländern erlauben. Genau hier setzt die OeBiX-Studie an, indem die verfügbaren Daten zur Situation der ökonomischen Bildung in Deutschland gesammelt, ausgewertet, aufbereitet und zu einem Index verdichtet wurden. Im vorliegenden Bericht werden der Forschungsgegenstand, das methodische Vorgehen und die zentralen Ergebnisse der OeBiX-Studie dargestellt.

## 2. Forschungsgegenstand

Die vorliegende Studie untersucht die strukturellen Rahmenbedingungen der ökonomischen Bildung in Deutschland. Sie trifft datenbasiert Aussagen über den Grad ihrer institutionellen Etablierung in den Bundesländern an den entsprechenden Schulformen und stellt Vergleiche zu anderen Schulfächern und zwischen den Bundesländern her.

Die institutionellen Rahmenbedingungen für ein Bildungsanliegen in Schulen und Hochschulen in Form von Erlassen, Stundenkontingenttafeln, Lehr- und Bildungsplänen etc. sind entscheidend für dessen Erfolg, weil Bildungssysteme von Akteuren geschaffene „soziale Ordnungen“ sind, die mit Hilfe von Regelungen „ungeplantes Geschehen und Handeln in Verstetigungen und formale Abläufe überführen“ (Fend 2006, 180). Ob eine pädagogische Idee im schulischen Bereich ihr Ziel erreicht oder verfehlt, hängt insbesondere auch von der institutionellen Ausgestaltung ab, die die Handlungsbedingungen für schulische Akteure festlegen. Leschinsky und Cortina (2003, 28) formulieren es so: „Bildungsprozesse folgen nicht einfach pädagogischen Ideen, sondern bedürfen der Institutionen für ihre Umsetzung, was in der Öffentlichkeit und in der Pädagogik selbst nicht immer angemessen bedacht wird.“

Wenn formgebundene Regelungen in Schulen Auswirkungen auf die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags haben, dann gilt es, die institutionellen Rahmenbedingungen so weit wie möglich auf die Bildungs- und Erziehungsziele abzustimmen. Für die ökonomische Bildung als weiterhin anerkanntem Ziel einer modernen Allgemeinbildung bedeutet dies, dass solche Rahmenbedingungen zu etablieren sind, die Kindern und Jugendlichen in kumulativen Lernprozessen den Erwerb von ökonomischen Kompetenzen ermöglichen, um sie auf gegenwärtige und zukünftige ökonomisch geprägte Anforderungssituationen vorzubereiten. Dies wiederum ist ein komplexes Anliegen (vgl. ausführlich dazu Loerwald 2020).

- Erstens geht es auf der Zielebene darum, Kinder und Jugendliche zur Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger ökonomisch geprägter Lebenssituationen, zur kompetenten Teilhabe an Gesellschaft und zur reflektierten Auseinandersetzung mit ökonomischen Themen zu befähigen.
- Dazu gehört zweitens die Auseinandersetzung mit wiederum recht komplexen Inhaltsfeldern wie beispielsweise dem Konsum auf Märkten, dem Umgang mit Geld, der sich stetig wandelnden Wirtschafts- und Arbeitswelt, der Wirtschaftspolitik oder der Wirtschaftsethik.
- Drittens sollte die Auseinandersetzung mit diesen Inhalten mit Hilfe ökonomischer Erkenntnisweisen geschehen wie beispielsweise durch Analysen von Anreizwirkungen, sozialen Dilemma-Situationen, komplexen Wirkungszusammenhängen.

Die vorliegende Studie geht davon aus, dass für ein derart komplexes Bildungsanliegen die gleichen Rahmenbedingungen gelten sollten wie für vergleichbare Fächer in der Schule (z. B. Geschichte oder Erdkunde). Für die OeBiX-Studie wurde dementsprechend die Situation eines normalen Nebenfaches als Benchmark gesetzt. Dazu gehören in der Schule sechs Pflichtstunden und zwei Wahlpflichtstunden in der Sekundarstufe I, eine Belegungspflicht in der gymnasialen Oberstufe und die Möglichkeit einer Abiturprüfung auf grundlegendem und erhöhtem Niveau. In der Lehrkräftebildung ist die Mindestanforderung dann erreicht, wenn jeder Ausbildungsstandort mindestens eine wirtschaftsdidaktische Professur vorhält und die ECTS-Kreditpunkte für das Fach einem normalen anderen Fach in der Lehrkräftebildung entsprechen.

## 3. Methodisches Vorgehen

Die übergeordnete Frage, die im Rahmen der OeBiX-Studie beantwortet werden soll, lautet: Wie ist die ökonomische Bildung in den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in Deutschland verankert? Diese zentrale Fragestellung wurde in mehrere untergeordnete Fragen ausdifferenziert:

- In welchen Fächern wird ökonomische Bildung unterrichtet?
- Wie viele Kontingentstunden werden in den Bundesländern an den verschiedenen Schulformen und -stufen für ökonomische Bildung im Pflicht- und Wahlpflichtbereich vorgesehen?
- Wie ist die ökonomische Bildung im Pflichtbereich im Vergleich zu anderen Nebenfächern in den Stundentafeln verankert?
- Wie hoch ist der Anteil wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftsdidaktischer Inhalte in der universitären Wirtschaftslehrkräftebildung in den einzelnen Bundesländern?
- Wie ist die Ausstattung mit wirtschaftsdidaktischen Professuren an Standorten für die Wirtschaftslehrkräftebildung?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurden objektive, quantifizierbare Daten zur ökonomischen Bildung in weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und zur universitären Wirtschaftslehrkräftebildung ermittelt und analysiert. Diese Daten bilden die Basis für die Berechnung des OeBiX. Da die im Rahmen der Studie erhobenen quantitativen Daten nur einen Teileinblick in die Verankerung der ökonomischen Bildung geben können, wurden darüber hinaus Interviews mit Expert\*innen für ökonomische Bildung in den einzelnen Bundesländern geführt. Das in den folgenden Abschnitten beschriebene methodische Vorgehen der OeBiX-Studie orientiert sich an den Schritten, die bei der Konstruktion und Berechnung eines Index zu berücksichtigen sind (vgl. Badicke 2017, 84 ff.; Nardo et al. 2008 oder Döring/Bortz 2016).

### 3.1. INDEXBILDUNG

Die Implementierung der ökonomischen Bildung im Schulsystem ist eine Aufgabe, die unterschiedliche Akteure und Prozesse des Bildungssystems betrifft (z. B. Schulfächer, Kontingentstunden, Ausbildung der Lehrkräfte, fachdidaktische Professuren). Diese Akteure und Prozesse bedingen sich dabei gegenseitig (siehe u. a. auch den fachdidaktischen Armutskreislauf bei Kaminski/Eggert 2008, 59). Die bildungspolitische Verankerung der ökonomischen Bildung verlangt eine flächendeckende Strategie bezogen auf alle Akteure und alle Schulformen. Ansatzpunkte in den Bundesländern sind die Schulen und Hochschulen.

Ein Index ist kein Erhebungs- oder Messverfahren, sondern ein Auswertungsverfahren (Latcheva/Davidov 2014, 745). Er kann als „Zusammenfassung mehrerer Einzelindikatoren zu einer neuen Variablen“ bzw. als „Messmodell der allgemeinen Form  $I_k = f(X_1, X_2, \dots, X_k)$  mit den Variablen  $X_1, X_2, \dots, X_k$  als Indikatoren definiert werden (ebd.). Ein Index erfasst dabei ein „mehrdimensionales bzw. komplexes theoretisches Konstrukt mit Hilfe eines Satzes formativer Indikatorvariablen. [...] Der Vorteil eines Index besteht darin, mehrdimensionale Sachverhalte auf einen einzigen greifbaren, vergleichbaren und gut kommunizierbaren Wert zu verdichten“ (Döring/Bortz 2016, 277).

Damit die Variablen in einen Index aufgenommen werden können, müssen diese mindestens ordinalskaliert sein (Döring/Bortz 2016, 279). Weiterhin müssen alle Variablen eines Index untereinander (bei der Bewertung für den Index, d. h. nach z. B. Umpolung oder Transformation) positiv korrelieren; die Korrelation des Gesamtindex mit den Einzelvariablen muss für alle Einzelvariablen das gleiche Vorzeichen haben (Kromrey 2006, 184).

Bei der Konstruktion eines Index sind prinzipiell einige Schritte systematisch abzuarbeiten (vgl. hierzu Badicke 2017, 84 ff.; siehe auch Nardo et al. 2008 oder Döring/Bortz 2016). Ausgehend von einem theoretischen Rahmen müssen zunächst die Variablen bestimmt werden, aus denen der Index gebildet

## ABSCHLUSSBERICHT

### Methodisches Vorgehen

werden soll. Für die Qualität eines Index ist entscheidend, dass die Qualität der Datenstruktur geprüft wird und durch die Variablen valide die verschiedenen Dimensionen des Indizes abgebildet werden.

In einem weiteren Schritt müssen die Variablen standardisiert bzw. normalisiert werden, da die Daten in der Regel in verschiedenen Maßeinheiten vorliegen (z. B. im OeBiX in Kontingenzstunden oder ECTS-Punkten). Um aus diesen Variablen einen Index bilden zu können, müssen die Daten auf eine einheitliche Maßeinheit gebracht werden. Ist das aus inhaltlichen Gründen nicht möglich, können die Werte in Prozentangaben überführt werden, die sich an einem Referenzwert orientieren.

In einem dritten Schritt werden die standardisierten Daten in einem Index rechnerisch zusammengefasst. Auch hier sind wieder Entscheidungen zu treffen. So muss unter anderem festgelegt werden, mit welchem Gewicht die einzelnen Variablen jeweils in den Index eingehen sollen. Durch eine Gewichtung kann der unterschiedlichen Relevanz von Variablen Rechnung getragen werden. Auch muss bestimmt werden, ob ein additives oder ein multiplikatives Berechnungsverfahren gewählt wird. Werden die Werte der einzelnen Variablen addiert, können Schwächen in einem Bereich (z. B. im OeBiX der Lehrkräftebildung für das gymnasiale Lehramt) durch Stärken in einem anderen Bereich (z. B. im OeBiX die Verankerung der ökonomischen Bildung im Gymnasium) ausgeglichen werden. Bei einem multiplikativen Index, bei denen die einzelnen Variablen miteinander multipliziert werden, ist das nicht möglich.

Im Bereich der ökonomischen Bildung gibt es bis dato noch keinen Index, aber in anderen Fachdidaktiken gibt es erste Ansätze (vgl. z. B. VDMA 2019, Lange 2010 oder Gökbudak/Hedtke 2018). Die OeBiX-Studie ist nicht nur umfangreicher angelegt als die hier zitierten Beispiele, sie bezieht sich mit der ökonomischen Bildung auch auf ein anderes Gegenstandsfeld. Der OeBiX ermöglicht den Vergleich zwischen den Bundesländern und zwischen verschiedenen Schulformen bzw. Schulstufen. Darüber hinaus können die verschiedenen Indikatoren für das Ausmaß an ökonomischer Bildung innerhalb eines Bundeslandes differenziert betrachtet werden. Im Folgenden wird die Vorgehensweise der Datenerhebung und -auswertung dargestellt.

### 3.2. DATENSELEKTION UND -RECHERCHE

Im Rahmen der OeBiX-Studie wurden die folgenden objektiv erfassbaren quantitativen Daten zur ökonomischen Bildung in der Schule und der Lehrkräftebildung in den 16 Bundesländern ermittelt.

#### Daten zur ökonomischen Bildung in der Schule

Es wurden zunächst alle **weiterführenden allgemeinbildenden Schulformen** ermittelt. Grundschulen, Förderschulen, berufsbildende Schulen und spezielle Schulformen (z. B. reine Wirtschaftsgymnasien) wurden nicht berücksichtigt.

Ausgehend von den Verordnungen für die Sekundarstufen I und II und den dort veröffentlichten Stundentafeln wurden das jeweils relevante **Pflichtfach** für die ökonomische Bildung an den einzelnen Schulformen und die auf Wirtschaft fokussierten **Wahlpflichtfächer** identifiziert. Hier wurden – sofern vorhanden – auch mehrere Wahlpflichtfächer pro Schulform und -stufe in einem Bundesland bei den Berechnungen berücksichtigt.

Auf der Basis der jeweiligen behördlichen Dokumente (Lehrpläne, Verordnungen, Stundentafeln etc.) für die Sekundarstufen I und II wurden die für die jeweiligen Ankerfächer veranschlagten **Kontingenzstunden**<sup>1</sup> ermittelt. Diese ließen sich in vielen Fällen aber nicht eins zu eins aus entsprechenden Rahmenvorgaben entnehmen, weshalb Berechnungen zur Datenaufbereitung notwendig waren:

- Ein erster Berechnungsschritt war immer dann erforderlich, wenn die ökonomische Bildung in einem **Integrationsfach** verankert ist. In diesen Fällen wurde durch Sichtung der Lehrpläne und unter Einhaltung der Inter-coder-Übereinstimmung der Anteil der ökonomischen

<sup>1</sup> Eine Kontingenzstunde ist das Äquivalent zu einer 45-minütigen Unterrichtsstunde pro Woche in einem Schuljahr. Ist ein Fach mit einer Kontingenzstunde ausgestattet, wird es in einem Jahrgang wöchentlich mit einer Unterrichtsstunde unterrichtet. Ein Beispiel: Wenn ein Fach drei Jahre lang zwei Stunden pro Woche unterrichtet wird, kommt es auf insgesamt sechs Kontingenzstunden. Umfasst ein Schuljahr 38 Wochen, stehen für ein Fach mit einer Kontingenzstunde in einem Schuljahr 38 Unterrichtsstunden à 45 Minuten zur Verfügung.

**ABSCHLUSSBERICHT**  
Methodisches Vorgehen

- Inhalte in dem jeweiligen Fach ermittelt. Ausgehend davon wurde ein entsprechender Faktor (Integrationsfachfaktor) festgelegt, mit dem die für das Integrationsfach zur Verfügung stehende Anzahl an Kontingentstunden multipliziert wurde.
- Ein zweiter Berechnungsschritt ergab sich häufig dadurch, dass die Kontingentstunden für **Aufgabenfelder bzw. Fächerverbünde** angegeben werden, ohne dass der Anteil der einzelnen Fächer benannt ist. In diesen Fällen wurden die durchschnittlichen Kontingentstunden pro Fach erhoben. Dabei wurde auch berücksichtigt, dass die Fächer ggf. in unterschiedlich vielen Jahrgängen unterrichtet werden. Sind Mindeststunden für ein Fach angegeben, wurden diese zugrunde gelegt.
  - Ein dritter Berechnungsschritt war im Wahlpflichtbereich erforderlich, weil die Wahrscheinlichkeit, dass ein(e) Schüler\*in mit ökonomischer Bildung im Wahlpflichtbereich in Berührung kommt auch von der **Anzahl der Wahlmöglichkeiten** abhängt. In solchen Fällen wurde ein Wahlpflichtfaktor bestimmt, mit dem die für den Wahlpflichtbereich zur Verfügung stehenden Kontingentstunden multipliziert wurden. Stehen beispielsweise vier Wahlalternativen zur Verfügung, beträgt der Wahlpflichtfaktor 0,25. In dem Fall, dass der Umfang des Wahlpflichtbereichs sehr groß war und nicht eindeutig bestimmt werden kann, wurde der Wahlpflichtfaktor 0,1 festgelegt. Dies ist u. a. dann der Fall, wenn die Möglichkeit schuleigener Angebote besteht.

**Beispielrechnung: Stadtteilschule Hamburg**

In vielen Bundesländern konnte nicht einfach einer Stundentafel entnommen werden, wie viele Stunden ein eigenständiges Fach Wirtschaft unterrichtet wird. Das Beispiel der Stadtteilschule Hamburg zeigt, wie manchmal regelrecht nach dem Anteil der ökonomischen Bildung gesucht werden muss.

	Vorgabe in	Unterrichtsstunden mindestens	Wochenstunden mindestens
8	<b>Gesellschaftswissenschaften</b> in den Jahrgangstufen 5 und 6: Geographie und Geschichte in den Jahrgangstufen 7 bis 10: Geographie, Geschichte, Politik-Gesellschaft-Wirtschaft	<b>608</b>	<b>16</b>
	davon bis Jahrgangstufe 9 mindestens	494	13

**Stundentafel für die Stadtteilschule auf Grundlage einer 45-minütigen Unterrichtsstunde**

Quelle: Schulrecht Hamburg ([http://www.schulrechthamburg.de/jportal/portal/bs/18/page/sammlung.psm1?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js\\_peid=Trefferliste&fromdoctodoc=yes&doc.id=jlr-Grd\\_StTSschulGymAPOHAV7Anlage4&doc.part=G&doc.price=0.0](http://www.schulrechthamburg.de/jportal/portal/bs/18/page/sammlung.psm1?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&fromdoctodoc=yes&doc.id=jlr-Grd_StTSschulGymAPOHAV7Anlage4&doc.part=G&doc.price=0.0))

**Informationen und Annahmen**

Für den Lernbereich Gesellschaftswissenschaften (insgesamt 3 Fächer) stehen laut Stundentafel 16 Kontingentstunden (KS) zur Verfügung. Das Ankerfach der ökonomischen Bildung „Politik-Gesellschaft-Wirtschaft“ wird in den Jahrgängen 7–10 unterrichtet. Da keine weiteren Angaben zur Verteilung der 16 KS auf die unterschiedlichen Fächer vorhanden sind, wird eine Gleichverteilung auf die Jahrgänge und die Unterrichtsfächer angenommen. Ferner ist laut Rahmenlehrplan die ökonomische Bildung im Fach Politik-Gesellschaft-Wirtschaft mit ca. 1/3 vertreten.

**Berechnung**

$$16 \times \frac{4}{6} \times \frac{1}{3} = 3,56$$

$$3,56 \times \frac{1}{3} = 1,19$$

**Erläuterung**

Für den Lernbereich Gesellschaftswissenschaften stehen 16 KS zur Verfügung. Politik-Gesellschaft-Wirtschaft wird in vier von sechs Jahrgängen unterrichtet = 4/6. Politik-Gesellschaft-Wirtschaft ist eins von drei Fächern in dem Lernbereich = 1/3. Das Stundenkontingent für Politik-Gesellschaft-Wirtschaft liegt also bei 3,56 KS. Ökonomische Bildung ist eine von drei Disziplinen im Fach Politik-Gesellschaft-Wirtschaft = 1/3.

**ABSCHLUSSBERICHT**  
Methodisches Vorgehen

Für die gymnasiale Oberstufe wurden die Möglichkeiten zur **Abiturprüfung** und die **Belegungsoption in der Qualifikationsphase** erfasst. Dazu wurde ausgehend von den Oberstufenverordnungen ermittelt, inwieweit und inwiefern im jeweiligen wirtschaftlichen Ankerfach eine Abiturprüfung abgelegt werden kann. Hierbei wurde auch erfasst, ob eine Abiturprüfung auf grundlegendem oder auf erhöhtem Niveau oder gar nicht möglich ist. Darüber hinaus wurde recherchiert, ob die Belegung des Ankerfaches der ökonomischen Bildung in der Qualifikationsphase verpflichtend, optional oder gar nicht möglich ist.

**Daten zur Wirtschaftslehrkräftebildung**

Zusätzlich zu den Daten zur institutionellen Verankerung der ökonomischen Bildung in den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen wurde im OeBiX die entsprechende Situation an den Hochschulen erhoben. Dazu wurden zunächst alle Hochschulstandorte ermittelt, an denen Lehrpersonen für die (Anker-)Fächer der ökonomischen Bildung ausgebildet werden. In einigen Bundesländern gibt es zusätzlich Studiengänge, in denen Wirtschaftslehrpersonen für ein Wahlpflichtfach Wirtschaft ausgebildet werden. Diese wurden ebenfalls berücksichtigt.

Für jeden Hochschulstandort wurde zunächst ermittelt, ob es eine entsprechende fachdidaktische Professur oder unbefristete Mittelbaustelle (akademischer Rat) gibt, die zumindest anteilig in ökonomischer Bildung ausgewiesen ist. Falls es eine solche Stelle gibt, wurde festgehalten, ob es sich um eine wirtschaftsdidaktische Professur, eine Integrationsprofessur, eine Juniorprofessur oder eine akademische Ratsstelle handelt.

Für jeden Hochschulstandort in der Wirtschaftslehrkräftebildung wurde darüber hinaus der Anteil der ECTS-Punkte ermittelt, die auf wirtschaftsdidaktische und wirtschaftswissenschaftliche Inhalte entfallen. Hierfür wurden die Modulkataloge der Studiengänge für Wirtschaftslehrpersonen von mindestens zwei wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen gesichtet. Bei integrativen Modulen (zum Beispiel Fachdidaktik der Sozialwissenschaften) wurde der Anteil der ökonomischen Inhalte auf Grundlage der Modulbeschreibungen festgelegt.

**3.3. BESTIMMUNG DER VARIABLEN**

Hinsichtlich der Variablen und Bezugsnormen kann zwischen der Sekundarstufe I, der Sekundarstufe II und der Lehrkräftebildung unterschieden werden.

Für die Sekundarstufe I und die Einführungsphase der Sekundarstufe II wurden die Kontingentstunden in den Ankerfächern der ökonomischen Bildung erhoben. Für die Qualifikationsphase der Sekundarstufe II wurden die Möglichkeiten zur Belegung und zur Abiturprüfung in den Fächern für die ökonomische Bildung ermittelt.

Dem Teilindex Lehrkräftebildung liegen die ECTS-Punkte mit wirtschaftswissenschaftlichen und -didaktischen Inhalten im Studium sowie die Ausstattung mit wirtschaftsdidaktischen Professuren zugrunde.

Für die Transformation der Werte (zum Beispiel Anzahl der Kontingentstunden für die ökonomische Bildung in der Sekundarstufe I) wurden sachliche Bezugsnormen herangezogen (siehe zum Beispiel Soll-Kontingentstunden).

Folgende Variablen wurden in den Index ökonomische Bildung in Deutschland einbezogen:

**SEKUNDARSTUFE I**

Bezeichnung	Erläuterung
Ist-Kontingentstunden (Pflicht/Wahlpflicht)	<p><b>Pflicht (P):</b> Kontingentstunden für das jeweilige Ankerfach (ÖB) und Anteil ökonomischer Bildung in diesen Fächern</p> <p><b>Wahlpflicht (WP):</b> Die Kontingentstunden, die im Rahmen des Wahlpflichtbereichs für das Ankerfach, andere explizit genannte Wahlpflichtfächer im Bereich der ökonomischen Bildung oder die durchschnittlich für die ökonomische Bildung im Wahlpflichtbereich zur Verfügung stehen. Beinhaltet auch die Erhebung der Größe des Wahlpflichtbereichs zur Faktorbildung.</p>
Soll-Kontingentstunden	Umfang eines ‚normalen‘ Nebenfachs (= sechs Kontingentstunden im Pflichtbereich und zwei im Wahlpflichtbereich)





**ABSCHLUSSBERICHT**  
Methodisches Vorgehen

## SEKUNDARSTUFE II

Bezeichnung	Erläuterung
Ist-Kontingenzstunden (Pflicht/Wahlpflicht) Einführungsphase <sup>2</sup>	<b>Pflicht (P):</b> Pflichtkontingenzstunden für das Ankerfach der ökonomischen Bildung und Anteil ökonomischer Bildung in diesen Fächern  <b>Wahlpflicht (WP):</b> Kontingenzstunden für Fächer für die ökonomische Bildung im Wahlpflichtbereich unter Berücksichtigung der Anzahl der Wahlmöglichkeiten.
Soll-Kontingenzstunden (Pflicht/Wahlpflicht) Einführungsphase	Umfang eines ‚normalen‘ Nebenfachs (= zwei Kontingenzstunden in der Einführungsphase).
Belegungsoption öB Qualifikationsphase	Generelle Belegungsoption in der Qualifikationsphase und Unterscheidung zwischen verpflichtender, optionaler oder keiner Belegungsmöglichkeit
Abiturprüfungsoption öB Qualifikationsphase	Möglichkeit, in dem Ankerfach der ökonomischen Bildung eine Abiturprüfung abzulegen und Unterscheidung zwischen: grundlegendem Niveau, erhöhtem Niveau und keiner Möglichkeit einer Prüfung

## LEHRKRÄFTEBILDUNG

Bezeichnung	Erläuterung
Ist-ECTS	Summe ECTS wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftsdidaktischer Studienbestandteile (bei integrativen Modulen: anteilige Berechnung)
Soll-ECTS	An den jeweiligen Hochschulen vorgesehener Umfang an fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Inhalten für ein Unterrichtsfach
Fachdidaktische Professuren	Fachdidaktische Professuren der o.g. Studiengänge und Einordnung in wirtschaftsdidaktisch, integrativ oder ohne wirtschaftsdidaktischen Bezug. Die o.g. fachdidaktischen Professuren wurden mit einem Faktor für Art und Umfang der Professur versehen: W3/W2 Professuren (1,0), W1 Professuren (0,75), Akademische Räte (0,5).

## 3.4. BERECHNUNG DES INDEX

Die Indexberechnung erfolgte auf Basis der beschriebenen Variablen. Die Gewichtungen der Variablen bzw. der Teilindizes erfolgte unter Einbeziehung von externen Expert\*innen und folgenden Überlegungen:

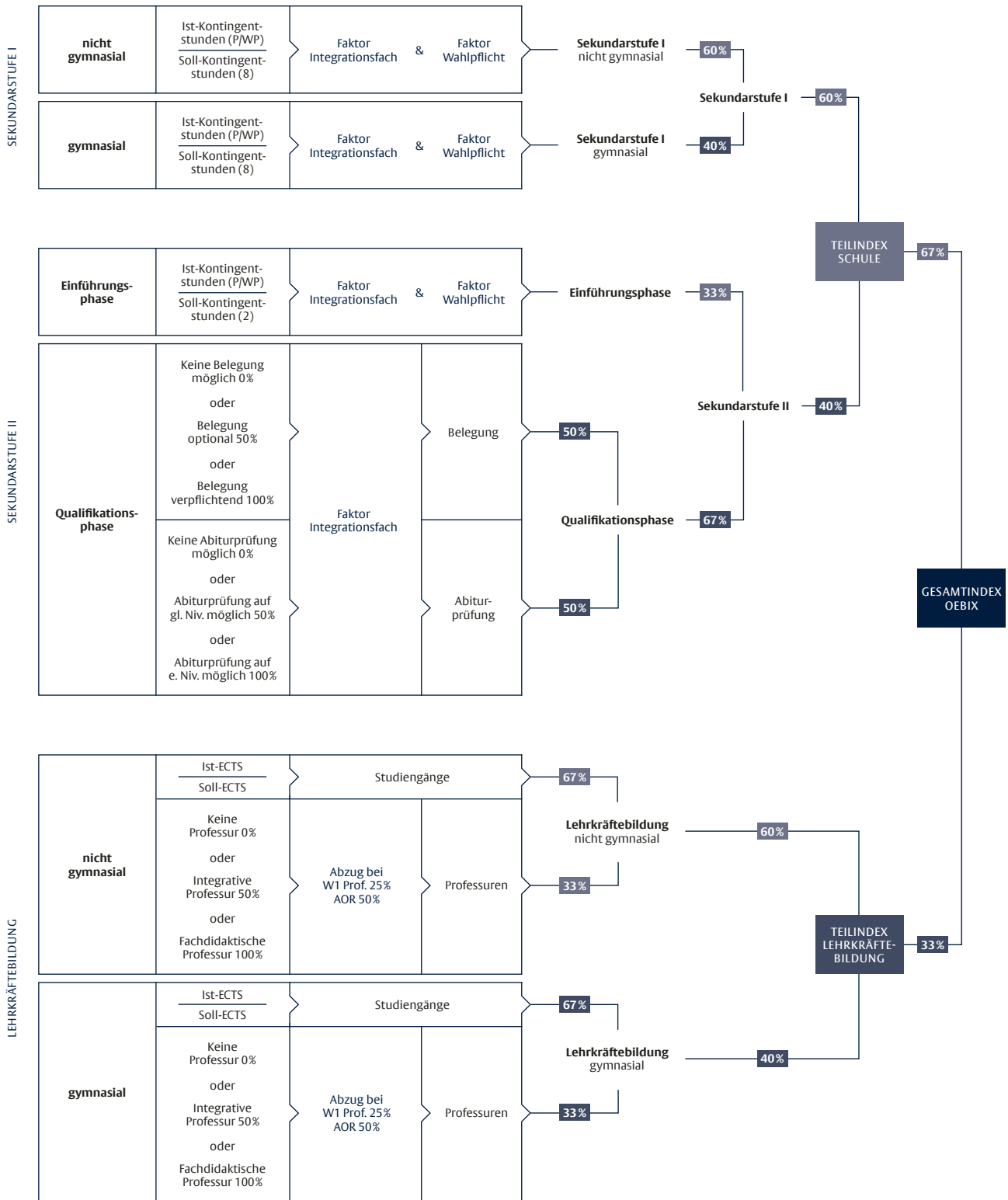
Zunächst einmal wurde im **Gesamtindex** der Teilindex Schule (67 Prozent) gegenüber dem Teilindex Lehrkräftebildung (33 Prozent) stärker gewichtet. Dies wurde damit begründet, dass es im Kern um den Wirtschaftsunterricht für die Schüler\*innen geht und die Lehrkräftebildung darauf ausgerichtet ist.

Im **Teilindex Schule** wurde mit Blick auf die Relevanz des Pflichtschulbereichs und der Anzahl der Schüler\*innen die Sekundarstufe I (60 Prozent) höher gewichtet als die Sekundarstufe II (40 Prozent). Innerhalb der Sekundarstufe I wurden wiederum die nicht-gymnasialen Schulformen (60 Prozent) in der Sekundarstufe I aufgrund der Schülerzahlen höher gewichtet als die Sekundarstufe I am Gymnasium (40 Prozent). Für eine stärkere Gewichtung der nicht-gymnasialen Schulformen spricht zudem, dass es in den meisten Bundesländern mehr als eine weitere nicht-gymnasiale Schulform gibt. Die Gewichtung von Einführungsphase (33 Prozent) und Qualifikationsphase (67 Prozent) in der gymnasialen Oberstufe wurde ausgehend von der Anzahl der entsprechenden Schuljahre festgelegt.

Im **Teilindex Lehrkräftebildung** wurden analog zum Teilindex Schule die Studiengänge für die nicht-gymnasialen Schulformen (60 Prozent) höher gewichtet als die für das Gymnasium (40 Prozent). Ebenso wurden die Studiengänge (67 Prozent) aufgrund ihrer Relevanz höher gewichtet als die wirtschaftsdidaktischen Professuren (33 Prozent), die diesen Studiengängen zugeordnet sind.

<sup>2</sup> Im Gymnasium G8 ist der 10. Jahrgang sowohl die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe als auch der letzte Jahrgang der Sekundarstufe I. Bei der Berechnung des Teilindex Schule wurde bei G8-Gymnasien der Jahrgang 10 nur einmal berücksichtigt.

**ABSCHLUSSBERICHT**  
Methodisches Vorgehen



Grafik 1  
Die Berechnung der Teilindizes sowie des Gesamtindex im Überblick  
Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

**ABSCHLUSSBERICHT**

## Methodisches Vorgehen

Die hier dargestellten Gewichtungen wurden durch wirtschaftsdidaktische Professor\*innen verschiedener Hochschulstandorte validiert. Hierbei wurden den Expert\*innen die zunächst vorgenommenen Gewichtungen mit der Aufforderung vorgelegt, diese zu bewerten und ggf. einen anderen Vorschlag für die Gewichtungen zu machen. Die Expert\*innen kommen aus verschiedenen Bundesländern, die wiederum anhand von Kriterien wie u.a. Fachkonstruktion des Ankerfachs der ökonomischen Bildung (z. B. Politik-Wirtschaft oder Arbeit-Wirtschaft-Technik) und Schulstruktur ausgewählt wurden. Die Rückmeldungen wurden in den schlussendlichen Gewichtungen berücksichtigt.

Die Maßeinheiten der erhobenen Variablen sind zum Teil unterschiedlich. So wird die Verankerung der ökonomischen Bildung in den Schulen beispielsweise in Kontingenzstunden gemessen, während der Anteil wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftsdidaktischer Inhalte in der Lehrkräftebildung in ECTS-Punkten erhoben wird. Die daher notwendige Standardisierung der Variablen erfolgte in Form einer Prozentuierung, ausgehend von festgelegten Werten für ein normales Nebenfach als Hundert-Prozent-Marke.

Die Berechnung der Indexwerte erfolgte über eine Summenfunktion. Somit können im Index Schwächen in einem Bereich (z. B. bei den Kontingenzstunden im Gymnasium) mit Stärken in einem anderen Bereich (z. B. Kontingenzstunden in den nicht-gymnasialen Schulformen) innerhalb eines Teilindex sowie im Gesamtindex ausgeglichen werden. Dies ist auch der Fall, wenn ein Bundesland bei einer Variable (z. B. Ist-Kontingenzstunden Einführungsphase) die Bemessungsgrundlage (z. B. Soll-Kontingenzstunden Einführungsphase) übertrifft und somit einen Wert von über 100 Prozent erreicht.

**3.5. EXPERT\*INNENINTERVIEWS**

Die im Rahmen der Studie ermittelten quantitativen Daten ermöglichen nur einen begrenzten Einblick in die Situation der ökonomischen Bildung in den einzelnen Bundesländern und Schulformen (siehe zu den Limitationen der Studie Kapitel 5). So können beispielsweise keine Aussagen darüber getroffen werden, wie häufig Wahlpflichtfächer von den Schulen angeboten bzw. von den Schüler\*innen gewählt werden. Auch werden im OeBiX keine Inhalte erfasst, eingeordnet oder

bewertet. Die Frage, was genau an ökonomischer Bildung gelehrt und gelernt wird, kann mit dem OeBiX nicht beantwortet werden. Vor allem können aber mögliche Diskrepanzen zwischen den Erlassen, Lehrplänen, Stundentafeln etc. und der Realität im Schulalltag nicht identifiziert werden. Es besteht also die Möglichkeit, dass der OeBiX die Situation noch zu gut einschätzt, weil beispielsweise in einem Fach Sozialkunde zwar ökonomische Inhalte im Lehrplan stehen, diese aber von den Lehrkräften nicht unterrichtet werden (siehe exemplarisch hierzu das Interview mit Günther Seeber zur Situation in Rheinland-Pfalz unter [www.oebix-studie.de](http://www.oebix-studie.de)).

Aus den genannten Gründen wurde pro Bundesland ein/eine Expert\*in für ökonomische Bildung zur Situation im jeweiligen Bundesland befragt. Die Einschätzungen dieser Expert\*innen dienen dazu, die Ergebnisse der OeBiX-Studie einzuordnen und somit die quantitative Perspektive um eine qualitative Sichtweise zu ergänzen. Auf diese Weise gelingt eine noch bessere Gesamteinschätzung zur ökonomischen Bildung innerhalb der Bundesländer und es können noch zielgenauer die Ansatzpunkte zur Verbesserung der jeweils bundeslandspezifischen Situation identifiziert werden.

ABSCHLUSSBERICHT

## 4. Ergebnisse

Alle Ergebnisse der OeBiX-Studie sind online zugänglich unter [www.oebix-studie.de](http://www.oebix-studie.de). Zur besseren Einordnung und Gesamtschau werden an dieser Stelle noch einmal die zentralen Ergebnisse dargestellt und bewertet.

### 4.1. GESAMTINDEX OEBIX

Die einzelnen Bundesländer schneiden im Gesamtindex des OeBiX sehr unterschiedlich ab. Um im OeBiX 100 Prozent zu erreichen, müssen die Bundesländer die Variablen im Umfang eines normalen Nebenfaches erfüllen. Dazu gehören sechs Pflichtstunden und zwei Wahlpflichtstunden Wirtschaft in der Sekundarstufe I, zwei Kontingenzstunden in der Einführungsphase sowie eine Belegpflicht in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe und die Möglichkeit einer Abiturprüfung auf erhöhtem Niveau (Teilindex Schule). In der Lehrkräftebildung sind 100 Prozent dann gegeben, wenn jeder Ausbildungsstandort eine wirtschaftsdidaktische Professur vorhalten kann und die Kreditpunkte für das Fach einem normalen anderen Fach in der Lehrerbildung

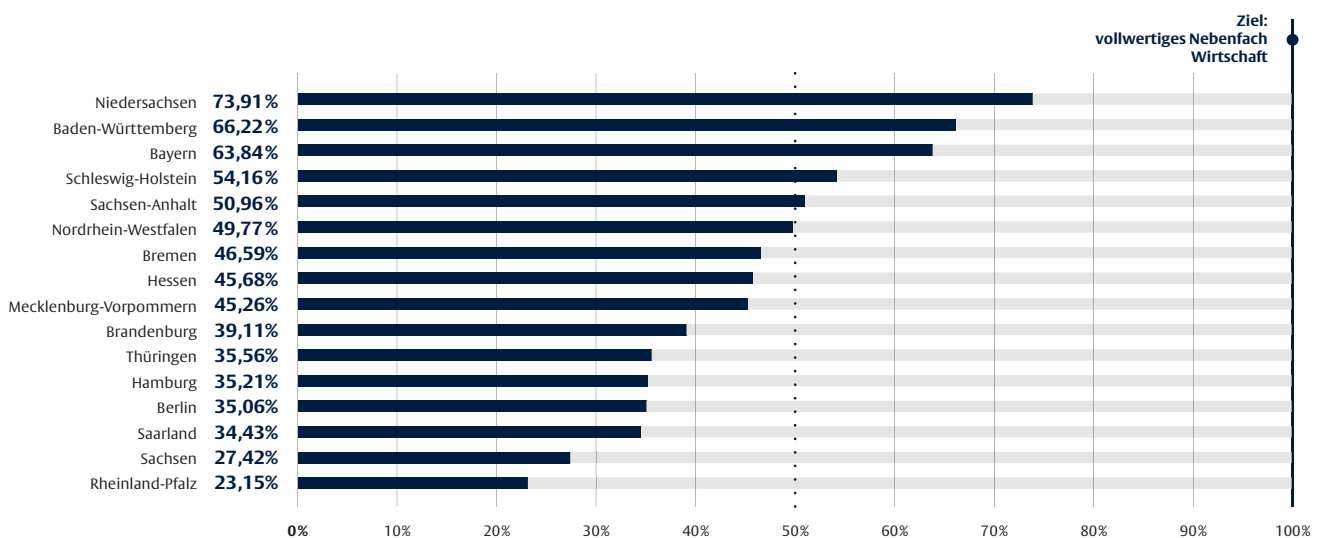
der jeweiligen Hochschule entsprechen (Teilindex Lehrkräftebildung) (siehe 3.3.).

Keines der Bundesländer erreicht im Gesamtindex diese 100 Prozent oder kommt diesem Wert auch nur nahe.

Das beste Ergebnis erzielt mit 73,91 Prozent Niedersachsen, gefolgt von Baden-Württemberg (66,22 Prozent) und Bayern (63,84 Prozent). Das beste Bundesland kommt somit nicht einmal auf 75 Prozent eines normalen Nebenfaches.

Der Mittelwert im Gesamtindex liegt bei 45,40 Prozent. Im Durchschnitt sind die Bundesländer im Bereich der ökonomischen Bildung an den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und in der Lehrkräftebildung nicht einmal halb so gut ausgestattet wie ein normales Nebenfach.

Die Gründe für das relativ gute Abschneiden der besten Bundesländer sind in Teilen unterschiedlich. Die Stärken Niedersachsens liegen vor allem in der Verankerung der



Grafik 2  
Gesamtindex Ökonomische Bildung in Deutschland (OeBiX), in %  
Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

ökonomischen Bildung in den nicht-gymnasialen Schulformen, insbesondere in der Ober-, Real- und Hauptschule sowie in der auf diese Schulform bezogenen Wirtschaftslehrkräftebildung. An diesen Schulformen gibt es nicht nur ein eigenständiges Fach Wirtschaft, sondern in Teilen auch eine gute Verankerung ökonomischer Bildung im Wahlpflichtbereich. Ein eigenständiges Pflichtfach Wirtschaft (Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung) wird auch in Baden-Württemberg unterrichtet und zwar – und das ist ein Alleinstellungsmerkmal dieses Bundeslands – an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulformen. Allerdings gibt es in Baden-Württemberg in der Sekundarstufe I kein Wahlpflichtangebot für die ökonomische Bildung. Das im Bundeslandvergleich gute Abschneiden Baden-Württembergs ist vor allem auch auf die gute Wirtschaftslehrkräftebildung zurückzuführen. So gibt es an allen Hochschulen in Baden-Württemberg, an denen Wirtschaftslehrkräfte für das nicht-gymnasiale Lehramt ausgebildet werden, eine wirtschaftsdidaktische Professur.

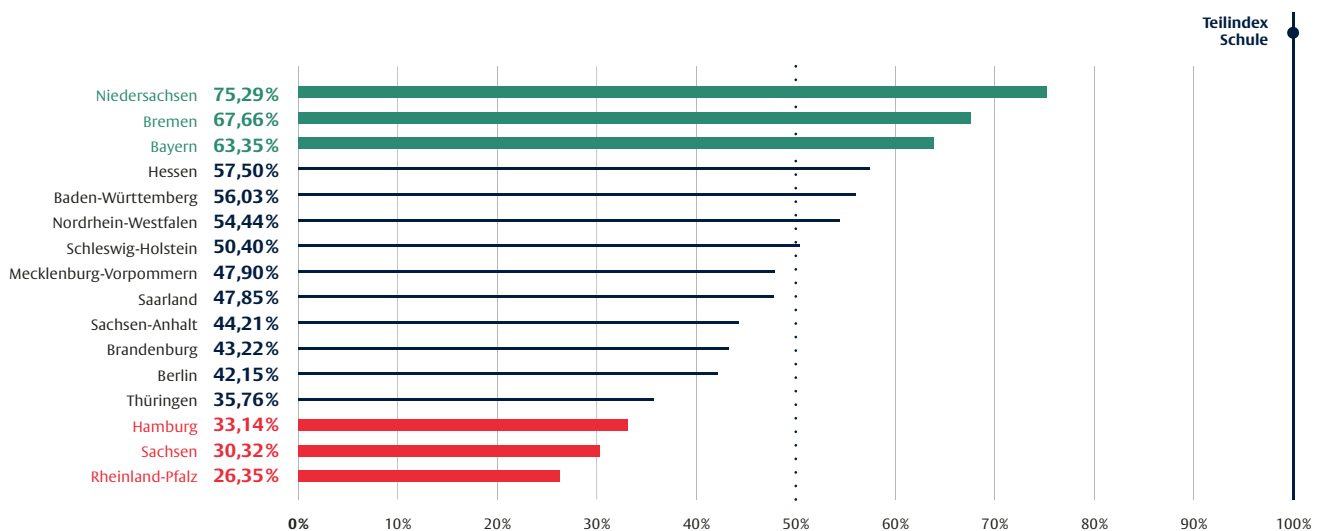
Auch die Gründe für das Abschneiden der Bundesländer auf den letzten drei Plätzen im Gesamtindex sind unterschiedlich. Während Rheinland-Pfalz und Sachsen in allen Kategorien deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts liegen, erreicht das Saarland bei der Verankerung ökonomischer Bildung in der Schule mit 47,85 Prozent (Teilindex Schule)

fast den Bundesdurchschnitt (48,50 Prozent). Dafür liegt das Bundesland in der Wirtschaftslehrkräftebildung mit einem Wert von 7,58 Prozent deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts (39,20 Prozent) (Teilindex Lehrkräftebildung).

Das Saarland ist nicht das einzige Bundesland, das ein mangelhaftes Abschneiden in einem Bereich durch ein relativ gutes oder zumindest durchschnittliches Abschneiden in einem anderen Bereich ausgleichen kann. Ein weiteres hervorragendes Beispiel ist das Bundesland Bremen. Bremen liegt im Gesamtindex mit 46,59 Prozent auf Platz 7 und somit auch knapp über dem Bundesdurchschnitt (45,40 Prozent). In der Wirtschaftslehrkräftebildung belegt Bremen mit 4,45 Prozent hingegen den letzten Platz und liegt somit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (39,20 Prozent) (siehe 4.3). Dieses Defizit im Bereich der Wirtschaftslehrkräftebildung gleicht Bremen durch das überdurchschnittliche Abschneiden im Teilindex Schule aus. Hier kommt Bremen auf 67,66 Prozent (Bundesdurchschnitt: 48,50 Prozent) und belegt in diesem Teil den zweiten Platz (siehe 4.2).

**4.2. ÖKONOMISCHE BILDUNG IN DER SCHULE**

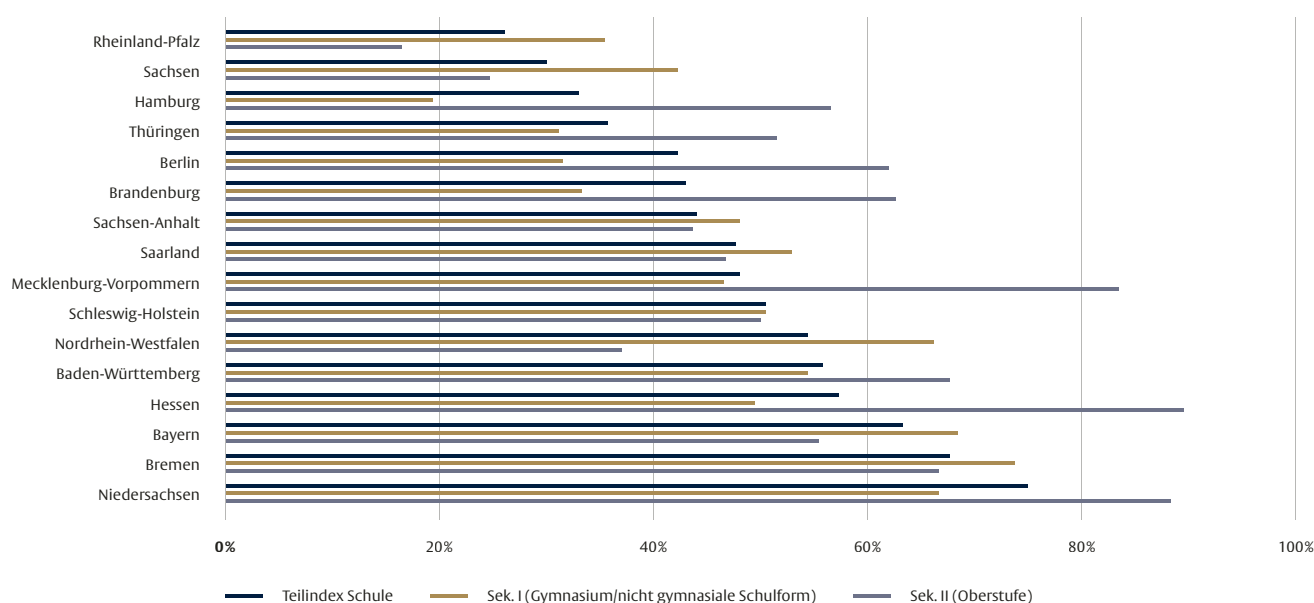
Die ökonomische Bildung ist in den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gut verankert (siehe Grafik 3).



Grafik 3  
Teilindex Schule im OeBiX, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

ABSCHLUSSBERICHT  
Ergebnisse



Grafik 4  
Ökonomische Bildung in der Sekundarstufe I, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

Im Teilindex Schule erreicht keines der Bundesländer auch nur ansatzweise den Umfang eines normalen Nebenfaches. Am besten schneidet, wie auch im Gesamtindex, Niedersachsen ab. Das Bundesland kommt auf 75,29 Prozent und liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt (48,50 Prozent). Der Bundesdurchschnitt von 48,50 Prozent sagt aus, dass die Verankerung der ökonomischen Bildung über alle Bundesländer hinweg durchschnittlich nicht einmal auf die Hälfte des Werts eines normalen Nebenfaches kommt. Schlusslicht im Teilindex Schule ist mit einem Wert von 26,35 Prozent Rheinland-Pfalz.

Die Gründe für das unterschiedliche Abschneiden der Bundesländer variieren im Teilindex Schule wie im Gesamtindex. So unterscheidet sich in einigen Bundesländern die Verankerung der ökonomischen Bildung beispielsweise in Teilen relativ deutlich zwischen den Schulstufen Sekundarstufe I und II (siehe Grafik 4).

In der Hälfte der Bundesländer ist die ökonomische Bildung gemessen an einem normalen Nebenfach besser in der Sekundarstufe I als in der Sekundarstufe II verankert, wobei der Unterschied in Schleswig-Holstein nur sehr gering ist (Sekundarstufe I: 50,44 Prozent; Sekundarstufe II: 50,33 Prozent).

Der Mittelwert bei der Sekundarstufe II liegt bei 56,48 Prozent und somit über dem Mittelwert in der Sekundarstufe I (48,14 Prozent), was wiederum auf die deutlich überdurchschnittliche Verankerung der ökonomischen Bildung in der Sekundarstufe II einzelner Bundesländer, wie z. B. Hessen, zurückgeführt werden kann.

Für die ökonomische Bildung steht somit in der Sekundarstufe I im Durchschnitt nicht einmal die Hälfte der Unterrichtszeit wie für ein normales Nebenfach zur Verfügung. Dieser Befund ist vor allem auch deswegen problematisch, weil die Mehrheit der Schüler\*innen mit dem Abschluss der Sekundarstufe I das allgemeinbildende Schulwesen verlässt.

Die Werte eines Bundeslandes sowie aller Bundesländer unterscheiden sich auch innerhalb der Sekundarstufen (siehe Grafik 5). So differiert die Verankerung der ökonomischen Bildung in der Sekundarstufe I innerhalb der einzelnen Bundesländer in der Regel zwischen dem Gymnasium und den nicht-gymnasialen Schulformen. In allen Bundesländern außer in Hessen stehen in den nicht-gymnasialen Schulformen durchschnittlich mehr Stunden für die ökonomische Bildung zur Verfügung als im Gymnasium. In Bayern wird die Norm eines normalen Nebenfaches an den nicht-gymnasialen

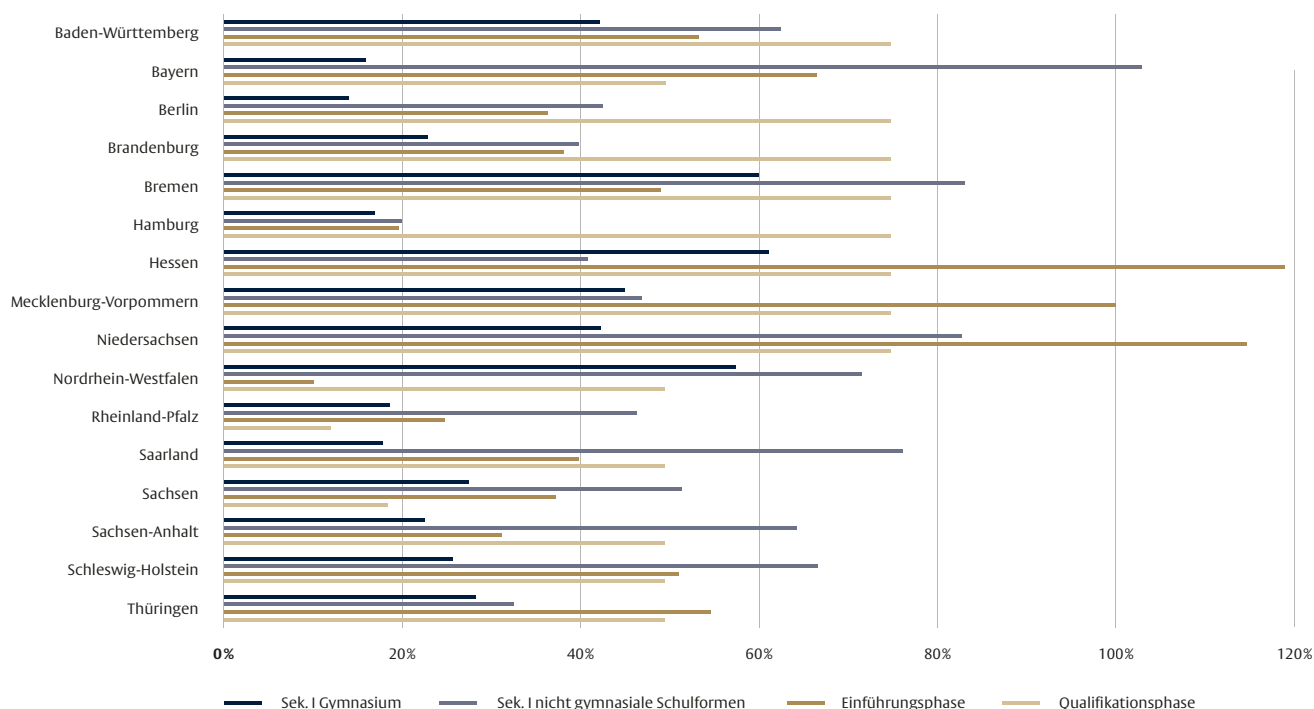
**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

Schulformen im Durchschnitt sogar leicht übererfüllt. Bayern kommt hier auf einen Wert von 103,13 Prozent. In allen anderen Bundesländern ist die ökonomische Bildung in der Sekundarstufe I des Gymnasiums sowie an den nicht-gymnasialen Schulformen (im Durchschnitt) weniger verankert als ein normales Nebenfach. Dieses gute Abschneiden Bayerns bei den nicht-gymnasialen Schulformen ist u. a. auf die sehr gute Verankerung der ökonomischen Bildung im Wahlpflichtbereich zurückzuführen. Betrachtet man nur den für alle bayrischen Schüler\*innen verpflichtenden Unterricht, stehen an den nicht-gymnasialen Schulformen durchschnittlich nur 4,5 Kontingentstunden für die ökonomische Bildung zur Verfügung – ein Stundenkontingent, das ein Viertel unter dem eines normalen Nebenfachs liegt.

Auch die Verankerung der ökonomischen Bildung zwischen den verschiedenen Phasen der gymnasialen Oberstufe (Einführungsphase und Qualifikationsphase) unterscheidet sich. Bei der Einführungsphase fällt auf, dass der Umfang eines normalen Nebenfachs von zwei Kontingentstunden in zwei Bundesländern (Hessen und Niedersachsen) übererfüllt wird.

Beide kommen auf Werte von über 100 Prozent. In beiden Fällen ist das auch auf die Verankerung der ökonomischen Bildung im Wahlpflichtbereich zurückzuführen. So stehen in Hessen eine Kontingentstunde im Pflichtbereich und durchschnittlich 1,38 Stunden im Wahlpflichtbereich für ökonomische Bildung in der Einführungsphase zur Verfügung. In Niedersachsen ist das auf die Einführungsphase bezogene sehr gute Abschneiden hingegen vor allem auf die Verankerung im Pflichtbereich zurückzuführen, in dem zwei Kontingentstunden für die ökonomische Bildung vorgesehen sind.

Außer in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen ist die ökonomische Bildung in der gymnasialen Oberstufe sowohl in der Einführungs- als auch in der Qualifikationsphase allerdings deutlich schlechter verankert als ein normales Nebenfach. Mit Blick auf die Qualifikationsphase erreicht kein Bundesland die 100 Prozentmarke. Dieses Ergebnis ist vor allem darauf zurückzuführen, dass das Ankerfach für die ökonomische Bildung in den meisten Bundesländern nicht belegt werden muss. In allen Bundesländern außer in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-



Grafik 5  
Erhebungskategorien im Teilindex Schule, in %  
Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

ABSCHLUSSBERICHT

Ergebnisse

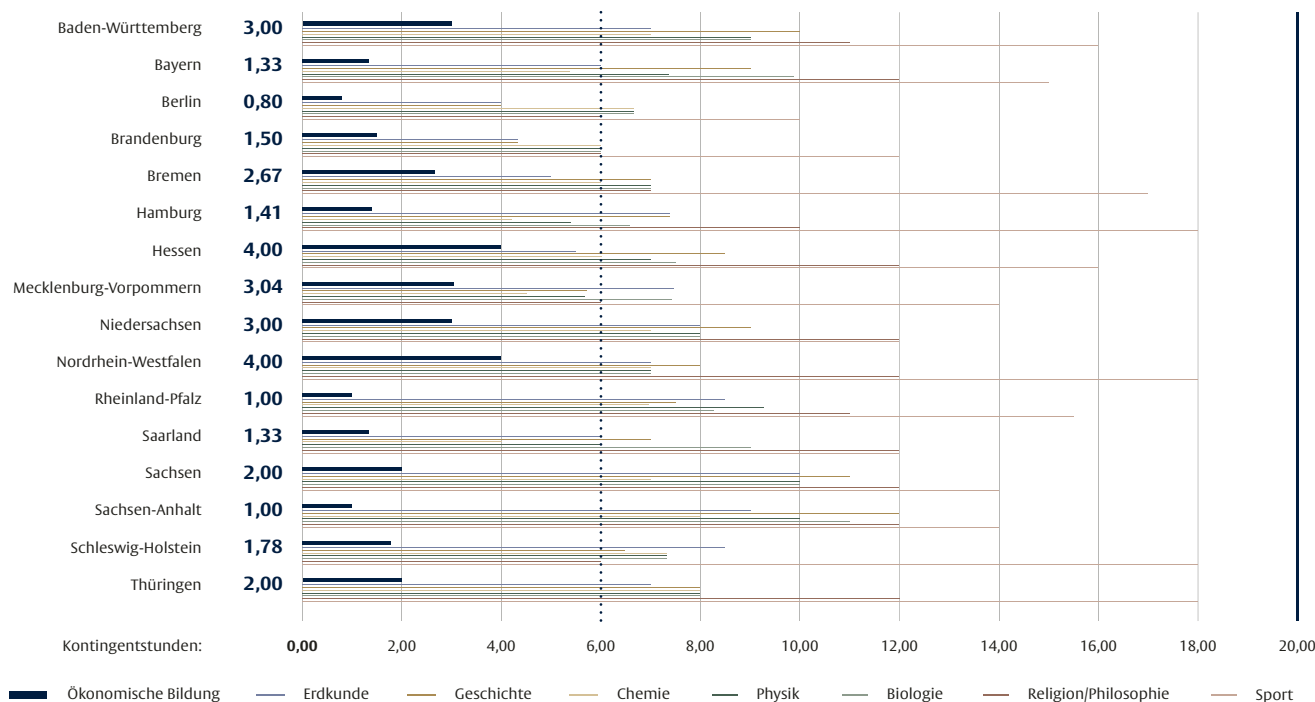
Holstein kann das Ankerfach der ökonomischen Bildung in der Qualifikationsphase abgewählt werden. Das Kriterium, eine Abiturprüfung auf erhöhtem Niveau ablegen zu können, wird hingegen in fast allen Bundesländern erfüllt. Nur in Sachsen, Sachsen-Anhalt sowie im Saarland kann im Ankerfach der ökonomischen Bildung nur eine Abiturprüfung auf grundlegendem Niveau erbracht werden. Eine Aussage darüber, inwieweit und inwiefern in der Abiturprüfung allerdings auch ökonomische Inhalte eine Rolle spielen, kann auf Basis der Daten nicht gemacht werden.

**Ökonomische Bildung im Vergleich zu anderen Nebenfächern**

Den bisher dargestellten Ergebnissen liegt als Bemessungsgrundlage ein idealtypisches Nebenfach zugrunde, für das im Pflichtbereich der Sekundarstufe I sechs Kontingenzstunden vorgesehen sind. Die für die ökonomische Bildung im Pflichtbereich zur Verfügung stehenden Kontingenzstunden wurden darüber hinaus mit den Kontingenzstunden anderer verpflichtender Nebenfächer in der Sekundarstufe I verglichen (siehe Grafiken 6 und 7).

Ein Vergleich der Ankerfächer für die ökonomische Bildung mit anderen ‚realen‘ Nebenfächern im Pflichtbereich der Sekundarstufe I verdeutlicht, dass die ökonomische Bildung im Gymnasium mit den wenigsten Kontingenzstunden ausgestattet ist. Für Fächer wie Physik, Biologie oder Erdkunde steht teilweise das Mehrfache an Unterrichtszeit zur Verfügung.

Mit Blick auf die Nebenfächer im Pflichtbereich der nicht-gymnasialen Schulformen zeigt sich ein ähnliches Bild, auch wenn die Unterschiede zwischen den Kontingenzstunden für die ökonomische Bildung und jenen für die anderen Nebenfächer in Teilen etwas geringer ausfallen als am Gymnasium. Aber auch an den nicht-gymnasialen Schulformen steht in mehreren Nebenfächern teilweise das Mehrfache an Unterrichtszeit zur Verfügung. Die einzige Ausnahme ist Berlin. Hier sind für die ökonomische Bildung in den nicht-gymnasialen Schulformen durchschnittlich zweieinhalb Kontingenzstunden vorgesehen, für die Fächer Erdkunde und Geschichte hingegen nur zwei. Für andere Fächer wie Physik, Chemie oder Biologie stehen wiederum auch in Berlin deutlich mehr Stunden zur Verfügung als für die ökonomische Bildung.



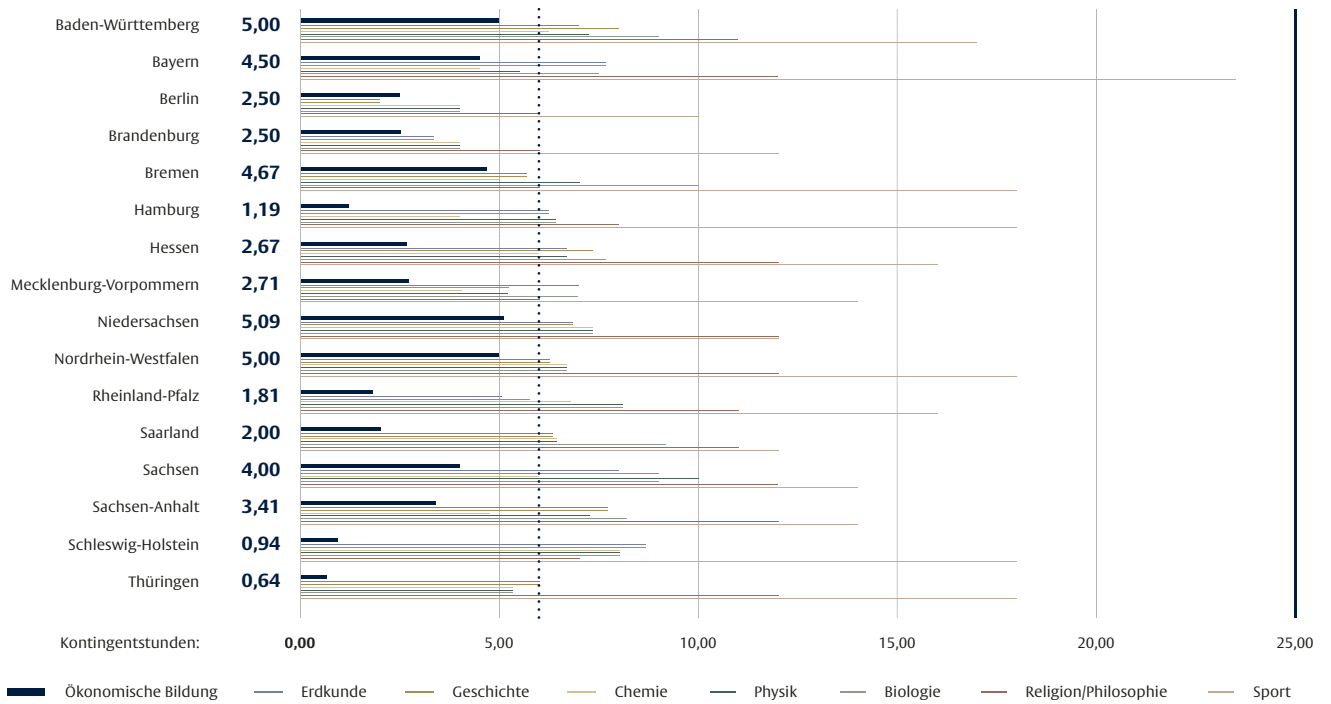
Grafik 6  
Kontingenzstunden für Nebenfächer im Pflichtbereich der Sekundarstufe I des Gymnasiums

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg



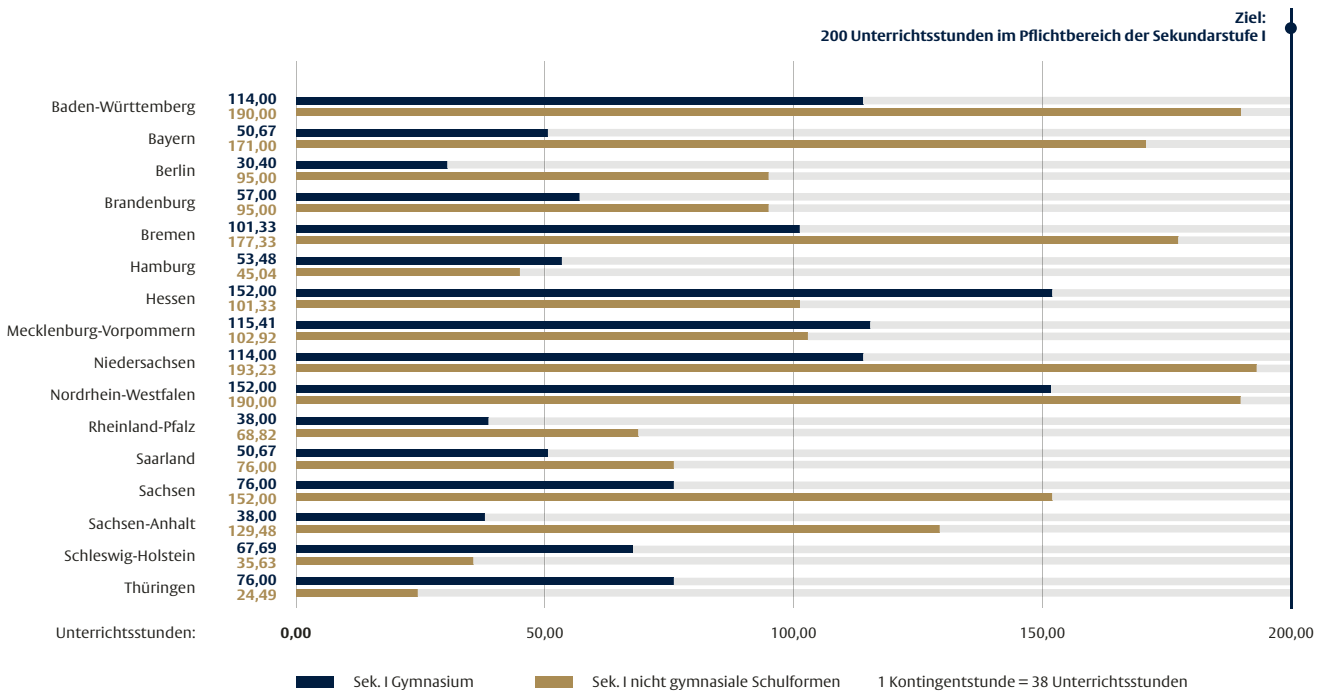
**Die OeBiX-Studie**  
Zum Stand der Ökonomischen Bildung in Deutschland

**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse



Grafik 7  
Kontingentstunden für Nebenfächer im Pflichtbereich der Sekundarstufe I nicht-gymnasialer Schulformen

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg



Grafik 8  
Unterrichtsstunden für die im Pflichtbereich der Sekundarstufe I

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg



ABSCHLUSSBERICHT  
Ergebnisse

**Ökonomische Bildung  
im Pflichtbereich der Sekundarstufe I:  
Mindestanforderung verfehlt**

Im Jahr 2003 hat ein breites Bündnis ein Eckpunkte-Papier zur ökonomischen Bildung verabschiedet (vgl. Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände et al. 2003). Zu den Unterzeichnern gehörten die WMK, die KMK, die BDA, der BDI, der DIHK, der ZDH und der DGB. In diesem Papier wurde ein verbindliches Zeitbudget von 200 Stunden ökonomischer Bildung für die Sekundarstufe I festgelegt. Das entspricht etwas mehr als fünf Kontingentstunden.

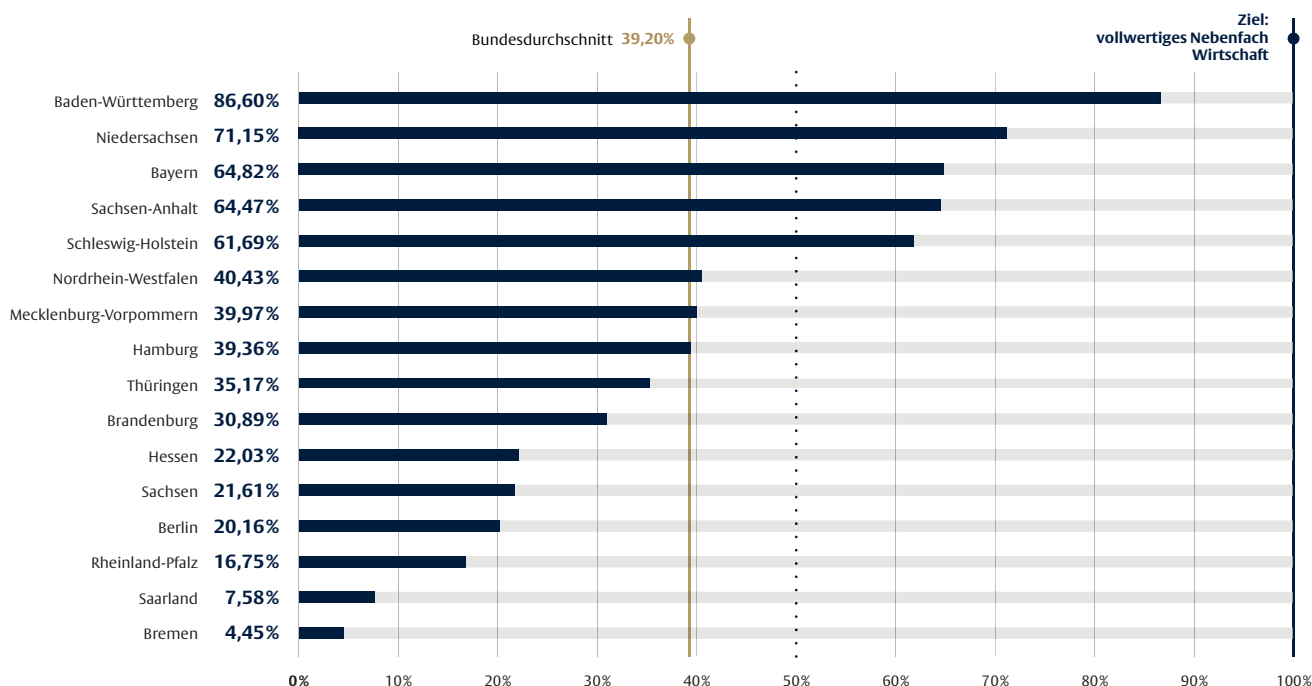
An diese Mindestforderung reichen manche Bundesländer mit ihren nicht-gymnasialen Schulformen fast heran (vgl. Grafik 8). Hierbei handelt es sich vor allem um Bundesländer, in denen es zumindest an einigen nicht-gymnasialen Schulformen ein eigenständiges Fach Wirtschaft gibt, wie zum Beispiel Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen. Bei den Gymnasien liegen alle Bundesländer deutlich unter der Mindestanforderung von

200 Unterrichtsstunden. Dass auch Baden-Württemberg die Zielmarke deutlich verfehlt, obwohl es als einziges Bundesland auch im Gymnasium über ein eigenständiges Pflichtfach Wirtschaft (Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung) verfügt, ist auf die geringe Anzahl an Kontingentstunden, die für dieses Fach vorgesehen sind, zurückzuführen.

**4.3. ÖKONOMISCHE BILDUNG IN DER  
LEHRKRÄFTEBILDUNG**

Beim Teilindex Lehrkräftebildung sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern deutlich größer als beim Teilindex Schule oder beim Gesamtindex (siehe Grafik 9). Das Spektrum reicht von Bremen (4,45 Prozent) bis Baden-Württemberg (86,60 Prozent).

Das überdurchschnittliche gute Abschneiden von Baden-Württemberg und auch von Niedersachsen ist vor allem auf die Ausstattung der Studiengänge für das nicht-gymnasiale Lehramt zurückzuführen. So verfügen alle Hochschulstandorte in diesen Bundesländern, an denen die nicht-gymnasialen



Grafik 9  
Teilindex Lehrkräftebildung im OeBiX, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

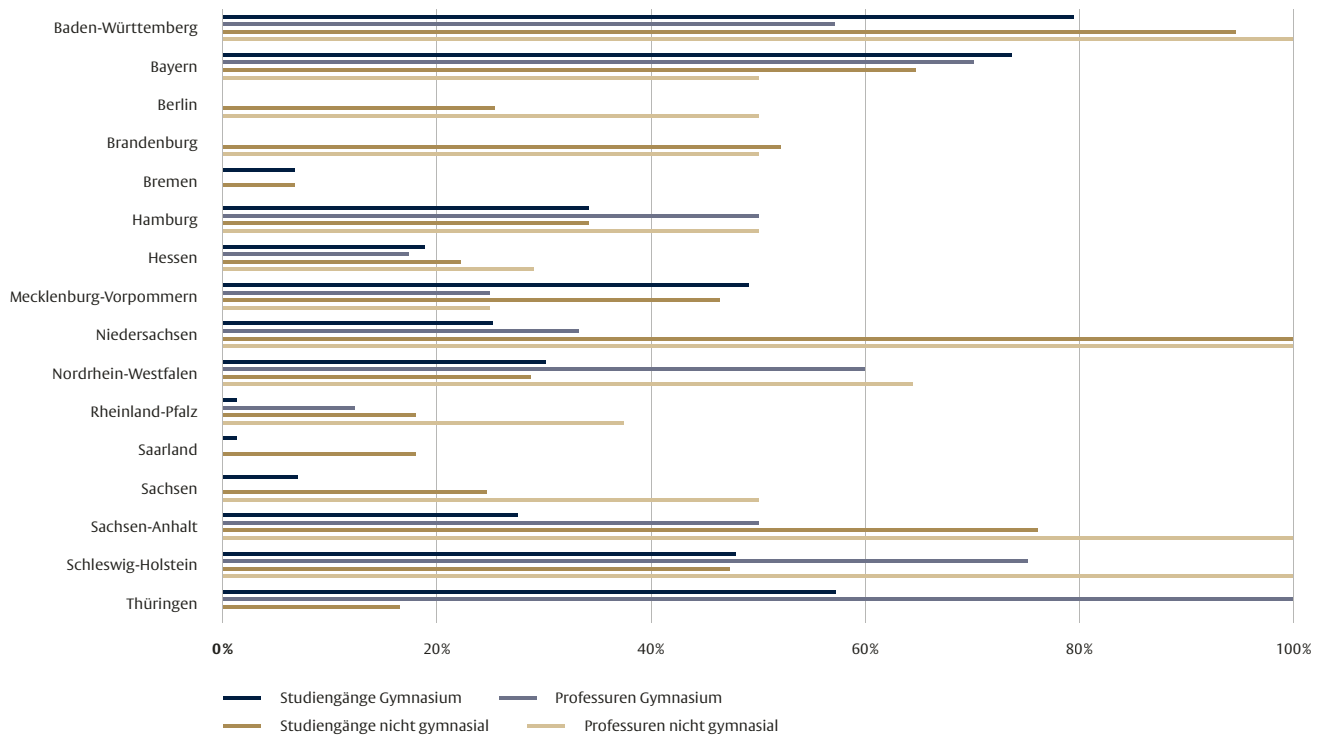
Lehrkräfte ausgebildet werden, über eine wirtschaftsdidaktische Professur. Zudem sind wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Inhalte in den entsprechenden Studiengängen sehr gut verankert. Niedersachsen kommt in dieser Kategorie auf 100 Prozent und erreicht somit die Ausstattung eines normalen Nebenfachs in der Lehrkräftebildung, Baden-Württemberg liegt mit 94,56 Prozent sehr nahe an diesem Richtwert.

In Bremen und im Saarland gibt es weder eine volle wirtschaftsdidaktische, noch eine Integrationsprofessur für die ökonomische Bildung (siehe Grafik 10). Im Saarland werden keine Wirtschaftslehrkräfte an Hochschulen ausgebildet. In diesem Bundesland besteht nur eine Kooperation mit Rheinland-Pfalz<sup>3</sup> – einem Bundesland, das bei der Wirtschaftslehrkräftebildung ebenfalls schwach abschneidet. Auch in Bremen sind wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Inhalte nur marginal in der universitären Lehrkräftebildung verankert. Bremen kommt in dieser Kategorie sowohl beim Studiengang für das gymnasiale Lehramt, als auch beim nicht-gymnasialen Lehramt auf 6,68 Prozent.

Auffällig ist, dass viele Bundesländer in diesem Teilindex besonders niedrige Werte erhalten. Elf von 16 Bundesländern schneiden im Teilindex Lehrkräftebildung schlechter ab als im Teilindex Schule. Insbesondere hinsichtlich der Verankerung wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftsdidaktischer Inhalte in der Lehrkräftebildung (Kategorien „Studiengänge Gymnasium“ und „Studiengänge nicht-gymnasial“) gibt es in den meisten Bundesländern erheblichen Optimierungsbedarf. Nur Niedersachsen und Baden-Württemberg erreichen hier den Status eines normalen Nebenfachs oder kommen diesem zumindest nahe, aber lediglich bei den Studiengängen für das Lehramt an nicht-gymnasialen Schulformen.

Bei den Studiengängen für ökonomische Bildung für das gymnasiale Lehramt kommen 13 Bundesländer auf einen Wert von unter 50 Prozent. In diesen Bundesländern steht

<sup>3</sup> Aufgrund der Kooperation wurden die Werte für die Verankerung wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftsdidaktischer Inhalte in der Lehrkräftebildung (ECTS-Punkte) von Rheinland-Pfalz für das Saarland übernommen.



Grafik 10  
Erhebungskategorien im Teilindex Lehrkräftebildung, in %  
Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

für die ökonomische Bildung durchschnittlich somit nicht einmal die Hälfte der eines normales Lehramtsfaches zur Verfügung. In zahlreichen Bundesländern liegt dieser Wert zudem sogar im einstelligen Prozent-Bereich: Sachsen (6,84 Prozent), Bremen (6,68 Prozent) sowie Rheinland-Pfalz und das Saarland (je 1,40 Prozent). In Berlin sind in der gymnasialen Wirtschaftslehrkräftebildung gar keine wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftsdidaktischen Inhalte vorgesehen und Brandenburg bildet keine Gymnasiallehrkräfte für das Ankerfach der ökonomischen Bildung an Hochschulen aus.

Im Durchschnitt kommen die Bundesländer bei den ECTS-Punkten in den Studiengängen für nicht-gymnasiale Schulformen auf 42,19 Prozent eines normalen Nebenfaches. Bei der Wirtschaftslehrkräftebildung für das gymnasiale Lehramt beträgt dieser Wert 28,73 Prozent. Das bedeutet, dass bei der universitären Gymnasiallehrkräftebildung durchschnittlich nur gut ein Viertel der Zeit bzw. der ECTS-Punkte zur Verfügung steht wie für ein normales Fach in der Lehrkräftebildung.

Bei der Ausstattung mit wirtschaftsdidaktischen Professuren ist die Lage etwas besser, aber auch in diesen Kategorien („Professuren Gymnasium“, „Professuren nicht-gymnasial“) kommt die ökonomische Bildung in der Regel nicht an die Ausstattung eines normalen Lehramtsfaches an den Hochschulen heran. Zwar gibt es bei den nicht-gymnasialen Studiengängen immerhin in vier Bundesländern an allen Hochschulstandorten eine volle wirtschaftsdidaktische Professur. Bei den Studienstandorten für das gymnasiale Lehramt ist dies allerdings nur in Thüringen der Fall.

**Professuren für die  
gymnasiale Lehramtsausbildung**

- Standorte mit mindestens einer wirtschafts-  
didaktischen Professur: 28 Prozent
- Standorte mit mindestens einer integrativen Professur  
und/oder einer W1-Professur oder einem akademi-  
schen Rat mit einem Anteil ökonomischer Bildung:  
32 Prozent
- Standorte ohne wirtschaftsdidaktische oder inte-  
grative Professur: 40 Prozent

**Professuren für die  
nicht-gymnasiale Lehramtsausbildung**

- Standorte mit mindestens einer wirtschafts-  
didaktischen Professur: 36 Prozent
- Standorte mit mindestens einer integrativen Professur  
mit einem Anteil ökonomischer Bildung: 38 Prozent
- Standorte ohne wirtschaftsdidaktische oder  
integrative Professur: 26 Prozent

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass bei der Wirtschaftslehrkräftebildung an Hochschulen noch größere Optimierungspotenziale bestehen als bei der schulischen Verankerung der ökonomischen Bildung. Von einer flächendeckend fachwissenschaftlich und fachdidaktisch fundierten Ausbildung, die letztlich eine wichtige Voraussetzung für einen lernwirksamen Wirtschaftsunterricht darstellt, ist Deutschland weit entfernt.

**4.4. ZUM STATUS QUO DER ÖKONOMISCHEN BILDUNG  
IN DEN BUNDESLÄNDERN**

Die im Gesamtindex verdichteten Ergebnisse lassen sich für jedes Bundesland aufschlüsseln. Dadurch wird eine genaue Analyse der Situation einem Bundesland möglich wie auch ein Vergleich mit der Situation in anderen Bundesländern.

**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

**Baden-Württemberg**

In Baden-Württemberg ist die ökonomische Bildung vergleichsweise gut etabliert (**Platz 2** im Ranking der Bundesländer). An allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulformen wird in Baden-Württemberg mit dem Fach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ ein eigenständiges Pflichtfach Wirtschaft unterrichtet. Das ist bundesweit ein Alleinstellungsmerkmal dieses Bundeslandes.

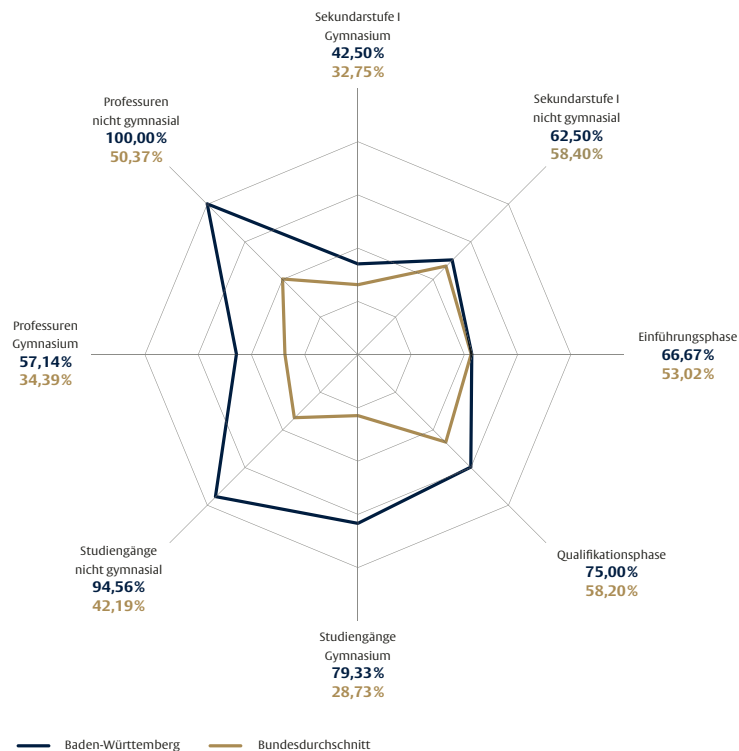
Auch in der Wirtschaftslehrkräftebildung an Hochschulen ist Baden-Württemberg überdurchschnittlich gut aufgestellt. So sind wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Inhalte gut in den Studiengängen für Wirtschaftslehrkräfte verankert und es gibt an vielen Standorten wirtschaftsdidaktische Professuren, vor allem im nicht-gymnasialen Bereich.

Im Gesamtindex schneidet Baden-Württemberg überdurchschnittlich gut ab und belegt den zweiten Platz. Optimie-

rungspotenzial gibt es vor allem hinsichtlich der für das Fach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ zur Verfügung stehenden Kontingentstunden. So sind beispielsweise in der Sekundarstufe I des Gymnasiums für das Fach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ nur insgesamt drei Kontingentstunden vorgesehen.

Auch in der Wirtschaftslehrkräfteausbildung gibt es im gymnasialen Bereich noch deutlichen Optimierungsbedarf. So gibt es nur an der Universität Tübingen eine auf die allgemeine ökonomische Bildung ausgerichtete Professur. An anderen Standorten wird die ökonomische Allgemeinbildung von den Berufs- und Wirtschaftspädagogen mitverantwortet (Mannheim/Konstanz) oder in Kooperation mit einer Pädagogischen Hochschule organisiert (Freiburg). Mit Heidelberg, Stuttgart und Ulm verfügen drei Standorte über keine wirtschaftsdidaktische Professur.

Insgesamt erfüllt auch Baden-Württemberg die Anforderungen an ein normales Nebenfach nur zu zwei Dritteln.



OeBiX-Erhebungskategorien Baden-Württemberg/Bundesdurchschnitt, in %  
Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

ABSCHLUSSBERICHT

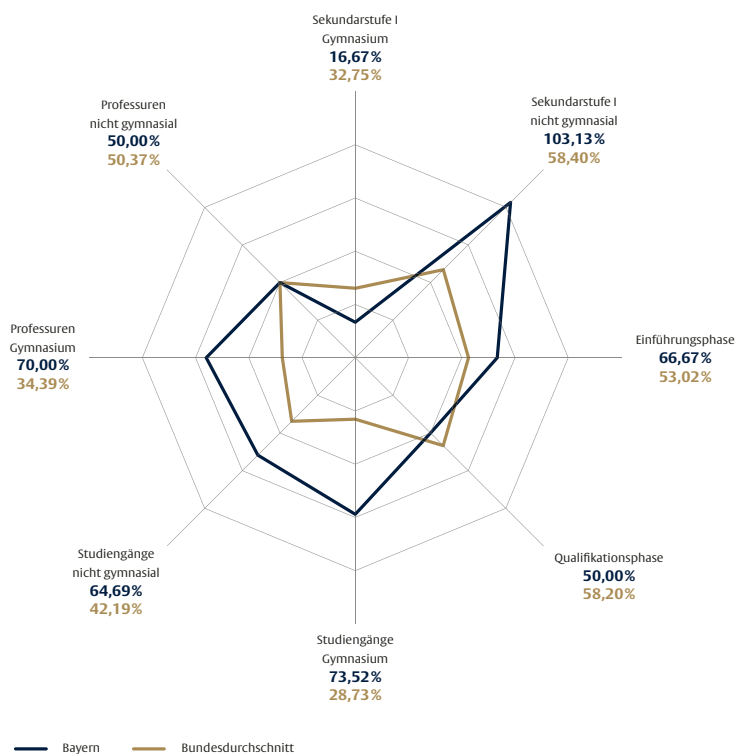
Ergebnisse

Bayern

Im Ranking der Bundesländer belegt Bayern hinter Niedersachsen und Baden-Württemberg den **dritten Platz**. Die ökonomische Bildung ist in Bayern insbesondere in den weiterführenden nicht-gymnasialen Schulformen gut etabliert. Mit den im Pflichtbereich der Mittelschule verankerten Fächern „Wirtschaft und Beruf“ und „Arbeit-Wirtschaft-Technik“ kann Bayern das Kontingenzstundenziel im Pflichtbereich von sechs Kontingenzstunden ökonomischer Bildung sogar übertreffen. Die Rahmenbedingungen für die ökonomische Bildung im Gymnasium weisen hingegen Optimierungspotenziale auf. So liegt mit „Wirtschaft und Recht“ zwar ein Fach mit deutlichem ökonomischem Schwerpunkt vor, jedoch sind in der Sekundarstufe I des Gymnasiums weniger als zwei Kontingenzstunden für die ökonomische Bildung vorgesehen.

Auch in der Wirtschaftslehrkräftebildung bestehen Verbesserungspotenziale. Zwar liegen die Ergebnisse für die wirtschaftsdidaktischen und wirtschaftswissenschaftlichen Anteile im Studium sowohl für das Gymnasium als auch für die nicht-gymnasialen Schulformen über dem Bundesdurchschnitt. Zudem sind für die gymnasiale Wirtschaftslehrkräftebildung an allen Standorten wirtschaftsdidaktische Professuren oder Akademische Räte in diesen Studiengängen vorhanden. Dennoch fehlen in der Wirtschaftslehrkräftebildung für nicht-gymnasiale Schulformen an einigen Standorten wirtschaftsdidaktische Professuren (Bamberg, Würzburg, München).

Trotz guter Verankerung der ökonomischen Bildung in der nicht-gymnasialen Sekundarstufe I erfüllt auch Bayern die Anforderungen an ein normales Nebenfach insgesamt nur zu ca. zwei Dritteln.



OeBiX-Erhebungskategorien Bayern/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

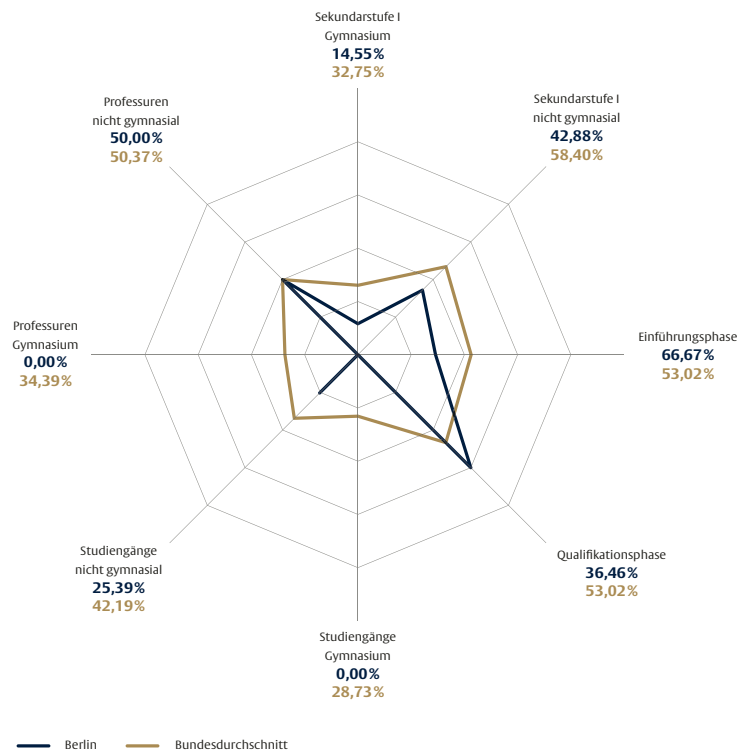
**Berlin**

Die ökonomische Bildung ist in Berlin im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittlich institutionalisiert (**Platz 13** im Ranking der Bundesländer). Die Ursachen dafür liegen unter anderem darin, dass es weder am Gymnasium noch an einer anderen weiterführenden Schulform in der Sekundarstufe I ein originäres Fach „Wirtschaft“ im Pflichtbereich gibt. So stehen in der Sekundarstufe I an den nicht-gymnasialen Schulformen der Integrierten Sekundar- und Gemeinschaftsschule nur zweieinhalb Kontingentstunden und am Gymnasium sogar weniger als eine Kontingentstunde im Pflichtbereich für die ökonomische Bildung zur Verfügung. Jedoch können Berlins Schüler\*innen in der Qualifikationsphase der Sekundarstufe II das Fach „Wirtschaftswissenschaft“ wählen.

Dieses Verhältnis zwischen dem Gymnasium und den nicht-gymnasialen Schulformen spiegelt sich auch in der

Wirtschaftslehrkräftebildung wider. Ist die Technische Universität in Berlin bei der Wirtschaftslehrkräftebildung für nicht-gymnasiale Schulformen zumindest mit einer integrativen Professur ausgestattet (Fachdidaktik Arbeitslehre), so fehlen wirtschaftsdidaktische Professuren für die Wirtschaftslehrkräftebildung an Gymnasien völlig. Ebenso verhält es sich bei den Anteilen wirtschaftsdidaktischer und wirtschaftswissenschaftlicher Inhalte im Studium der angehenden Lehrkräfte. Sind diese im Studium für nicht-gymnasiale Schulformen – wenn auch deutlich unterdurchschnittlich – noch vorhanden, finden sich in den Studiengängen, in denen Lehrkräfte für das Gymnasium ausgebildet werden, keine wirtschaftswissenschaftlichen oder wirtschaftsdidaktischen Inhalte.

Die Defizite der Verankerung ökonomischer Bildung am Gymnasium tragen dazu bei, dass Berlin die Anforderungen an ein normales Nebenfach nur zu ca. einem Drittel erfüllt.



OeBiX-Erhebungskategorien Berlin/Bundesdurchschnitt, in %

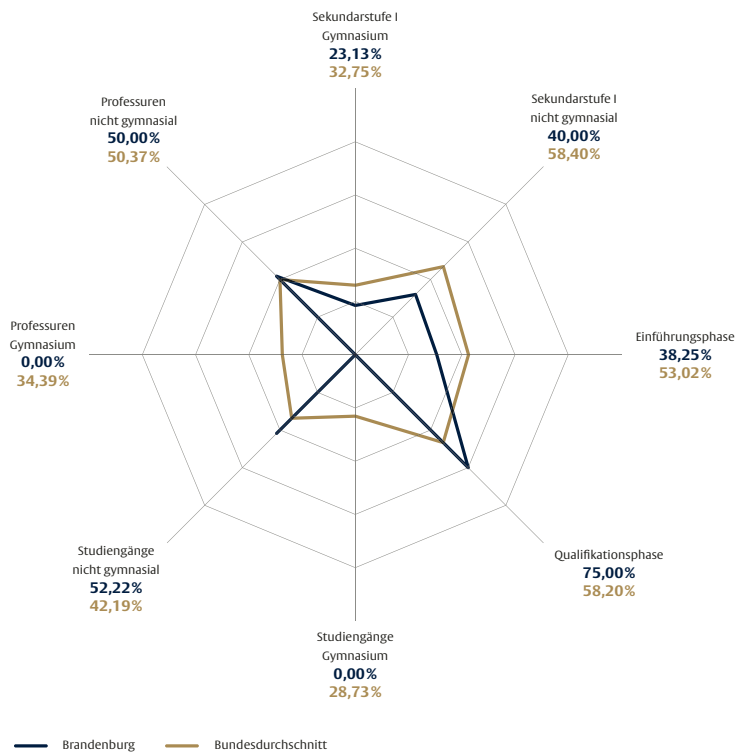
Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

**Brandenburg**

Brandenburg belegt beim OeBiX im Ranking der Bundesländer **Platz 10**. Es gibt an keiner weiterführenden Schulform ein originäres Fach „Wirtschaft“ im Pflichtbereich der Sekundarstufe I. So stehen in der Sekundarstufe I an den nicht-gymnasialen Schulformen der Ober- und Gesamtschule nur zweieinhalb Kontingentstunden und am Gymnasium sogar nur eineinhalb Kontingentstunden für die ökonomische Bildung im Pflichtbereich zur Verfügung. Jedoch können Schüler\*innen in Brandenburg in der Qualifikationsphase der Sekundarstufe II die Fächer „Wirtschaftswissenschaft“ oder „Rechnungswesen“ wählen.

An der Universität Potsdam gibt es für nicht-gymnasiale Schulformen eine integrative Professur und einen Studiengang, der mehr als 50 Prozent wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Inhalte aufweist. Jedoch gibt es keine universitäre Lehrkräfteausbildung für die Fächer „Wirtschaftswissenschaften“ und „Rechnungswesen“ in der Sekundarstufe II. Aufgrund dieser Defizite erfüllt Brandenburg die Ansprüche an ein normales Nebenfach nicht einmal zur Hälfte.



OeBiX-Erhebungskategorien Brandenburg/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg



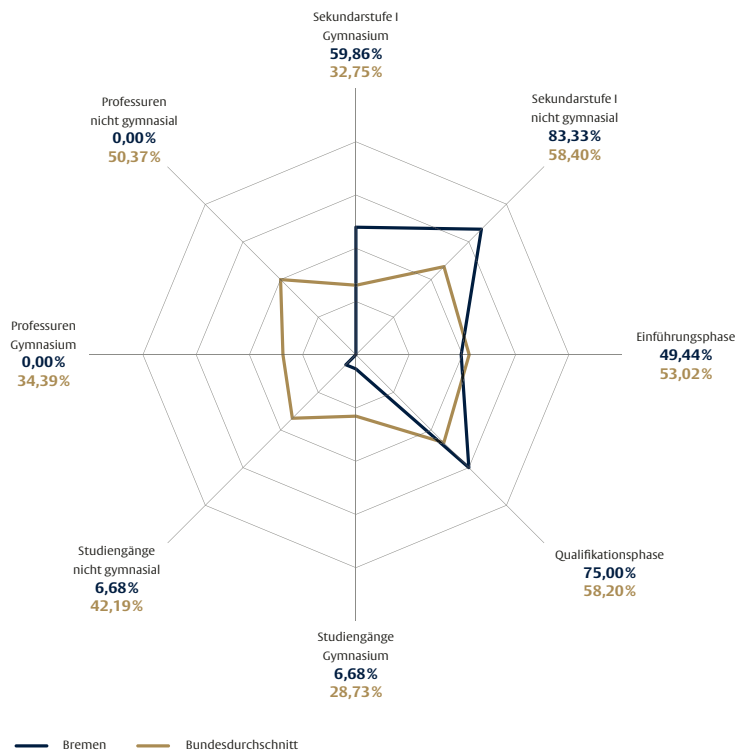
**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

**Bremen**

In Bremen ist die ökonomische Bildung im Vergleich der Bundesländer durchschnittlich gut etabliert (**Platz 7** im Ranking der Bundesländer). Dieses Ergebnis lässt sich hauptsächlich auf die relativ gute Verankerung der ökonomischen Bildung in der Oberschule als nicht-gymnasiale Schulform der Sekundarstufe I zurückführen. Obwohl sowohl im Gymnasium als auch in der Oberschule das Fach „Wirtschaft-Arbeit-Technik“ im Pflichtbereich der Sekundarstufe I etabliert ist, erhalten Schüler\*innen, die im Land Bremen eine Oberschule besuchen, zwei Kontingentstunden mehr an ökonomischer Bildung. Jedoch können Schüler\*innen in Bremen in der Qualifikationsphase der Sekundarstufe II das Fach „Wirtschaftslehre“ wählen.

Dem überdurchschnittlichen Abschneiden im Teilindex „Schule“ steht der bundesweit letzte Platz im Teilindex „Lehrkräftebildung“ gegenüber. In den Lehramtsstudiengängen sowohl für das Gymnasium als auch für die Oberschule spielen wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Inhalte kaum eine Rolle. Ferner gibt es im Bundesland Bremen keine wirtschaftsdidaktischen Professuren, die die didaktische Ausbildung in den zuvor erwähnten Studiengängen verantwortet.

Trotz überdurchschnittlicher Etablierung der ökonomischen Bildung in der Sekundarstufe I erfüllt Bremen die Anforderungen an ein normales Nebenfach nicht einmal zur Hälfte.



OeBiX-Erhebungskategorien Bremen/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

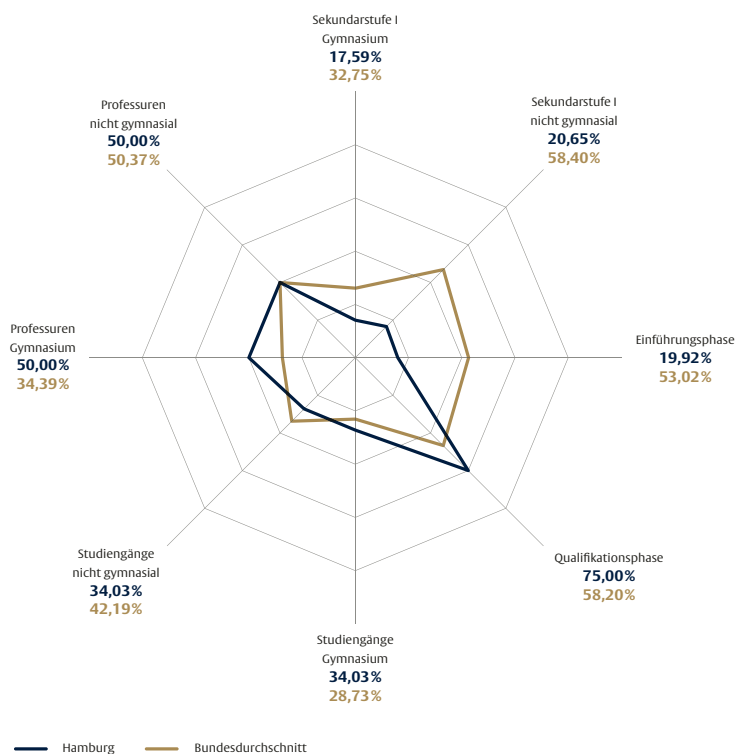
**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

**Hamburg**

Hamburg liegt im OeBiX etwa zehn Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt (**Platz 12** im Ranking der Bundesländer). Dieses Ergebnis liegt unter anderem in der Verankerung der ökonomischen Bildung in der Sekundarstufe I begründet. Dort gibt es weder am Gymnasium noch an der Stadtteilschule ein originäres Fach „Wirtschaft“. Schüler\*innen des Gymnasiums erhalten aber mit nicht einmal eineinhalb Kontingentstunden ökonomischer Bildung im Pflichtbereich der Sekundarstufe I immer noch mehr Unterricht in ökonomischer Bildung als Schüler\*innen der Stadtteilschule. In der Qualifikationsphase der Sekundarstufe II können Schüler\*innen das Fach „Wirtschaft“ wählen.

Im Bereich der Lehrkräftebildung ist die Universität Hamburg mit einer integrativen didaktischen Professur („Didaktik der sozialwissenschaftlichen Fächer“) ausgestattet. Dies spiegelt sich auch in den Anteilen der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftsdidaktischen Inhalte im Studium wider. Diese liegen bei ca. einem Drittel.

Insgesamt erfüllt Hamburg die Anforderungen an ein normales Nebenfach ebenfalls nur zu ca. einem Drittel.



OeBiX-Erhebungskategorien Hamburg/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

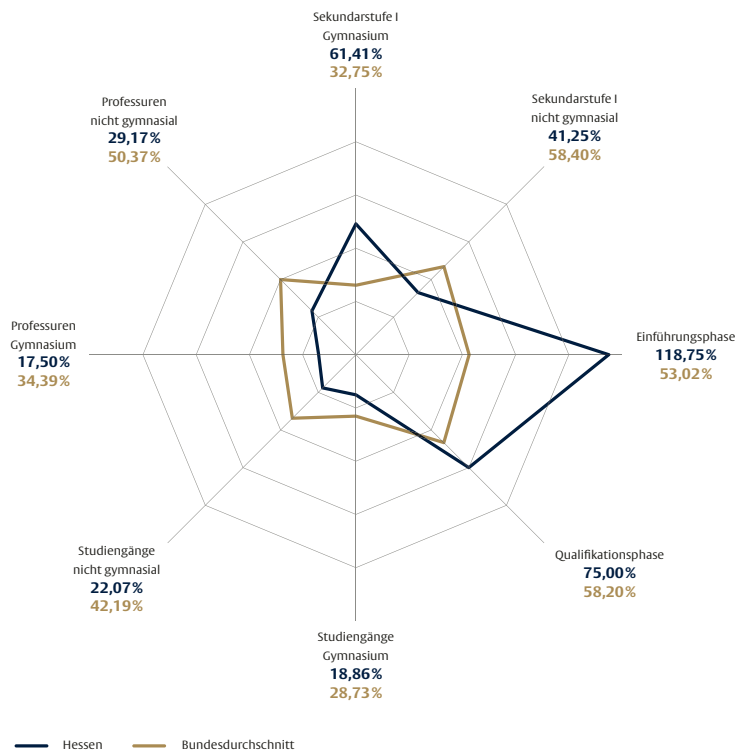
**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

**Hessen**

Hessen liegt mit der Institutionalisierung der ökonomischen Bildung im Bundesdurchschnitt (**Platz 8** im Ranking der Bundesländer). Es fällt auf, dass im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern die ökonomische Bildung in Hessen an den Gymnasien besser verankert ist als an den nicht-gymnasialen Schulformen, obwohl in allen Schulformen das gleiche Schulfach „Politik und Wirtschaft“ etabliert ist. So erhalten Schüler\*innen von Haupt-, Real- und integrierten Gesamtschulen drei bzw. zwei Kontingentstunden ökonomische Bildung im Pflichtbereich der Sekundarstufe I und Schüler\*innen von Gymnasien abhängig vom Bildungsgang dreieinhalb oder sogar viereinhalb Kontingentstunden. Auch in der gymnasialen Oberstufe ist die ökonomische Bildung in Hessen überdurchschnittlich gut verankert. In der Einführungsphase werden die geforderten zwei Kontingentstunden sogar übertroffen.

Ein anderes Bild zeigt sich in der Wirtschaftslehrkräftebildung in Hessen. Nicht nur spielen wirtschaftsdidaktische und wirtschaftswissenschaftliche Inhalte sowohl in den Studiengängen für das Lehramt an Gymnasien als auch in Studiengängen für das Lehramt an nicht-gymnasialen Schulformen eine untergeordnete Rolle, auch die Ausstattung mit wirtschaftsdidaktischen Professuren weist Defizite auf. Es gibt im ganzen Bundesland keine originär wirtschaftsdidaktische Professur, die für die didaktische Ausbildung der Lehrkräfte an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen zuständig ist. An den Standorten Gießen und Frankfurt verantworten integrative Professuren die didaktische Ausbildung der angehenden Lehrkräfte („Didaktik der Sozialwissenschaften“). An den Hochschulen in Darmstadt, Marburg und Kassel sind keine wirtschaftsdidaktischen Professuren verortet.

Trotz überdurchschnittlicher Verankerung der ökonomischen Bildung an den Gymnasien erfüllt auch Hessen die Anforderungen an ein normales Nebenfach nicht einmal zur Hälfte.



OeBiX-Erhebungskategorien Hessen/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

ABSCHLUSSBERICHT  
Ergebnisse

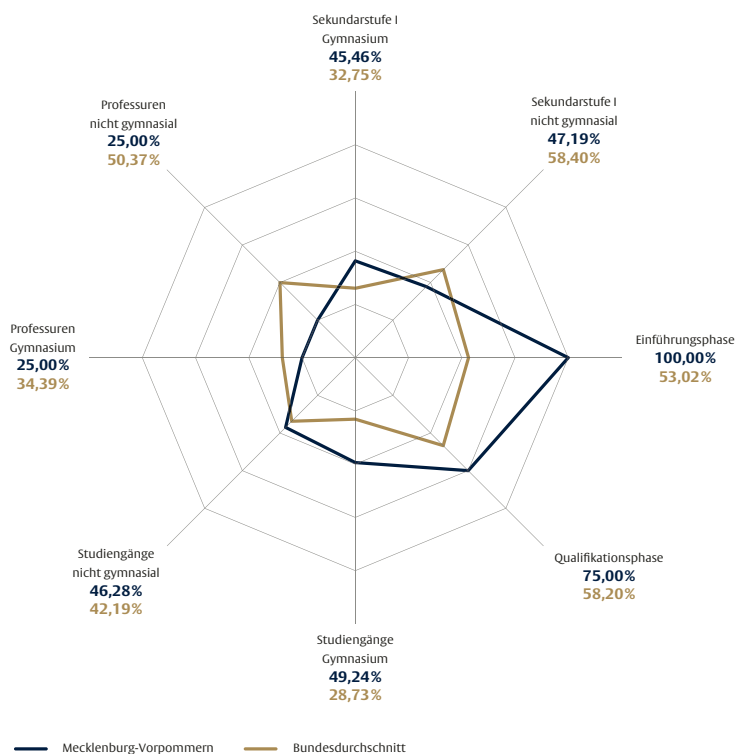
### Mecklenburg-Vorpommern

Die ökonomische Bildung ist in Mecklenburg-Vorpommern im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittlich institutionalisiert (**Platz 9** im Ranking der Bundesländer). Sowohl in den nicht-gymnasialen Schulformen der Regionalschule und der integrierten Gesamtschule als auch am Gymnasium werden Inhalte der ökonomischen Bildung im Pflichtbereich der Sekundarstufe I im Fach „Arbeit-Wirtschaft-Technik“ unterrichtet. Es fällt auf, dass trotz des gleichen Schulfachs, im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, die ökonomische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern im Pflichtbereich an den Gymnasien besser verankert ist als an den nicht-gymnasialen Schulformen. In der Sekundarstufe I gibt es in Mecklenburg-Vorpommern demnach an keiner weiterführenden allgemeinbildenden Schulform ein verpflichtendes originäres Fach „Wirtschaft“. Allerdings liegt der Fokus im Fach „Arbeit-Wirtschaft-Technik“ an den

Gymnasien bereits ab Jahrgang 10 (Einführungsphase) auf ökonomischen Inhalten und in der Qualifikationsphase der Sekundarstufe II können die Schüler\*innen das Fach „Wirtschaft“ wählen.

Optimierungspotenziale gibt es in Mecklenburg-Vorpommern vor allem in der Wirtschaftslehrkräftebildung, denn obwohl der Anteil wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftsdidaktischer Inhalte im Studienfach sowohl für das Lehramt an nicht-gymnasialen Schulformen als auch für das Lehramt an Gymnasien mit je ca. 50 Prozent, über dem Bundesdurchschnitt liegt, gibt es in Mecklenburg-Vorpommern keine wirtschaftsdidaktische Professur.

Aufgrund dieser Defizite erfüllt Mecklenburg-Vorpommern die Ansprüche an ein normales Nebenfach nicht einmal zur Hälfte.



OeBiX-Erhebungskategorien Mecklenburg-Vorpommern/Bundesdurchschnitt, in %  
Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

ABSCHLUSSBERICHT

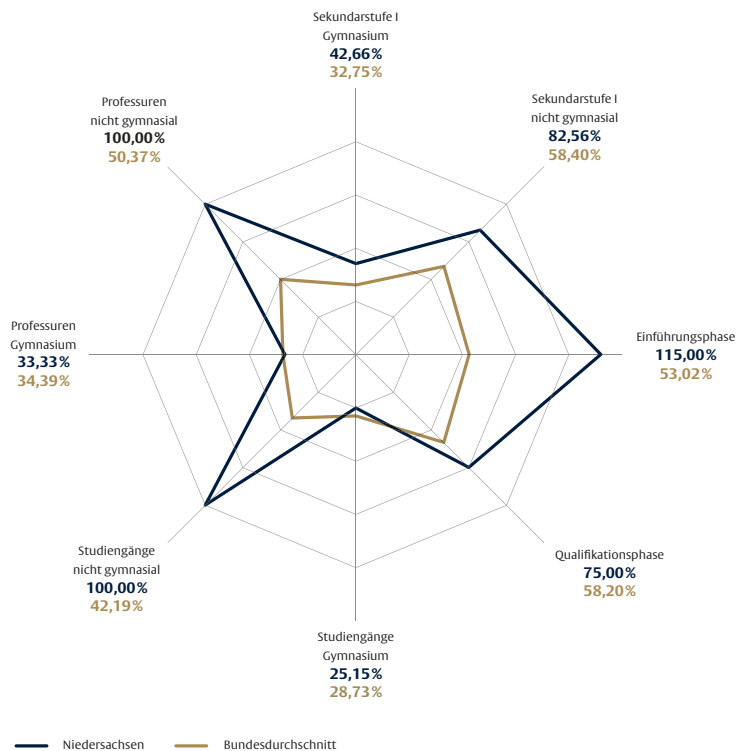
Ergebnisse

Niedersachsen

Im Bundesvergleich ist die ökonomische Bildung in Niedersachsen am besten etabliert (**Platz 1** im Ranking der Bundesländer). Dies ist vor allem auf die Verankerung der ökonomischen Bildung an Haupt-, Real- und Oberschulen zurückzuführen. An diesen Schulformen gibt es ein für alle Schüler\*innen verpflichtendes Fach „Wirtschaft“. Wobei dieses Fach in Niedersachsen an der Hauptschule mit 5,67 Kontingentstunden nicht nur am besten verankert ist, sondern beinahe auch an das Kontingentstundenziel im Pflichtbereich von sechs Kontingentstunden ökonomischer Bildung heranreicht. Im Gegensatz hierzu erhalten Schüler\*innen am Gymnasium mit dem Fach „Politik-Wirtschaft“ nur drei Kontingentstunden ökonomische Bildung im Pflichtbereich der Sekundarstufe I. In der Einführungsphase der Sekundarstufe II hingegen wird die geforderte Norm von zwei Kontingentstunden sogar übertroffen.

Ein ähnliches Verhältnis zwischen Gymnasium und nicht-gymnasialen Schulformen zeigt sich auch in der Lehrkräftebildung. An den Standorten, die für die nicht-gymnasialen Schulformen ausbilden (Hildesheim, Oldenburg), sind wirtschaftsdidaktische Professuren vorhanden. An diesen Hochschulen entspricht auch der Anteil der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftsdidaktischen Inhalte im Studienfach den fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Anteilen eines normalen anderen Studienfachs im Lehramt. Weniger gut etabliert ist die ökonomische Bildung in der Lehrkräftebildung für das Gymnasium. Hier ist nur an einem Hochschulstandort eine wirtschaftsdidaktische Professur verortet (Oldenburg). An den beiden weiteren Standorten fehlen diese (Göttingen, Hannover). Auch die Anteile wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftsdidaktischer Inhalte sind an diesen Standorten wesentlich geringer.

Insgesamt erfüllt auch Niedersachsen die Anforderungen an ein normales Nebenfach nur zu drei Vierteln.



OeBiX-Erhebungskategorien Niedersachsen/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

ABSCHLUSSBERICHT

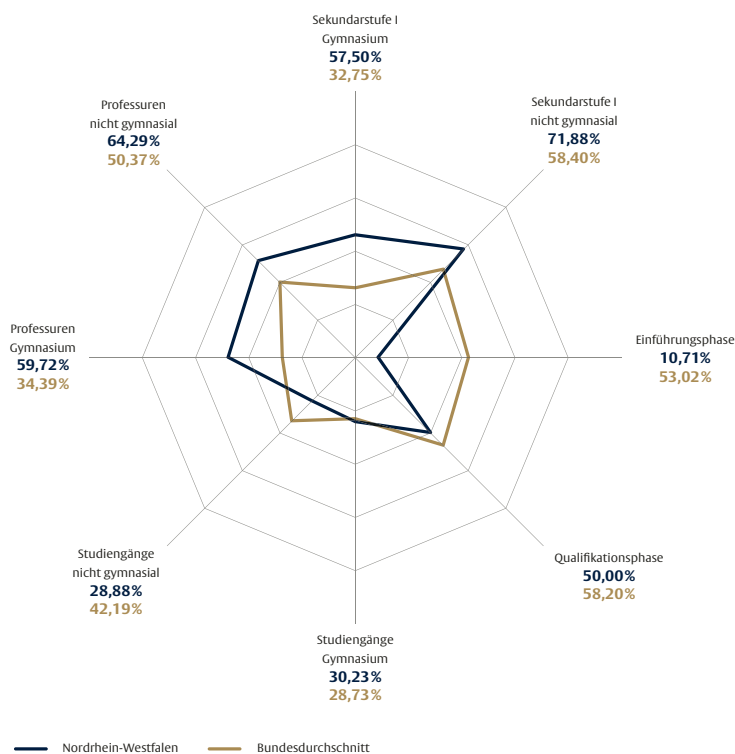
Ergebnisse

**Nordrhein-Westfalen**

In Nordrhein-Westfalen ist die ökonomische Bildung im bundesweiten Vergleich leicht überdurchschnittlich etabliert (**Platz 6** im Ranking der Bundesländer). Sie ist seit den jüngsten Reformen vor allem in den Haupt- und Realschulen gut verankert. In diesen Schulformen gibt es ein eigenständiges Fach „Wirtschaft“, das im Pflichtbereich mit sechs bzw. fünf Kontingentstunden unterrichtet wird. An der Hauptschule wird das Kontingentstundenziel von sechs Kontingentstunden ökonomischer Bildung im Pflichtbereich somit erfüllt. In den anderen weiterführenden allgemeinbildenden Schulformen wird das Fach „Wirtschaft-Politik“ unterrichtet, das laut Curriculum zu 50 Prozent ökonomische Inhalte umfasst. Insgesamt erreicht Nordrhein-Westfalen für die Sekundarstufe I eine ähnliche Bewertung wie Niedersachsen, welches den höchsten Gesamtwert im OeBiX erreicht. In der Sekundarstufe II werden ökonomische Inhalte im Fach „Sozialwissenschaften“ unterrichtet. Für dieses gibt es jedoch, zumindest in der Einführungsphase, keine Belegungsverpflichtung.

Optimierungspotenziale gibt es in Nordrhein-Westfalen vor allem hinsichtlich der Wirtschaftslehrkräftebildung. An drei der neun Hochschulstandorte in Nordrhein-Westfalen ist eine wirtschaftsdidaktische Professur für die Lehrkräftebildung an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen verankert (Dortmund, Münster, Siegen). Der überwiegende Teil der Hochschulstandorte ist mit integrativen Professuren besetzt („Didaktik der Sozialwissenschaften“ o. Ä.). Defizite bestehen insbesondere bei den Anteilen wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftsdidaktischer Inhalte in den Studiengängen für Wirtschaftslehrkräfte.

Trotz überdurchschnittlicher Etablierung der ökonomischen Bildung in der Sekundarstufe I erfüllt Nordrhein-Westfalen die Anforderungen an ein normales Nebenfach nur knapp zur Hälfte.



OeBiX-Erhebungskategorien Nordrhein-Westfalen/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

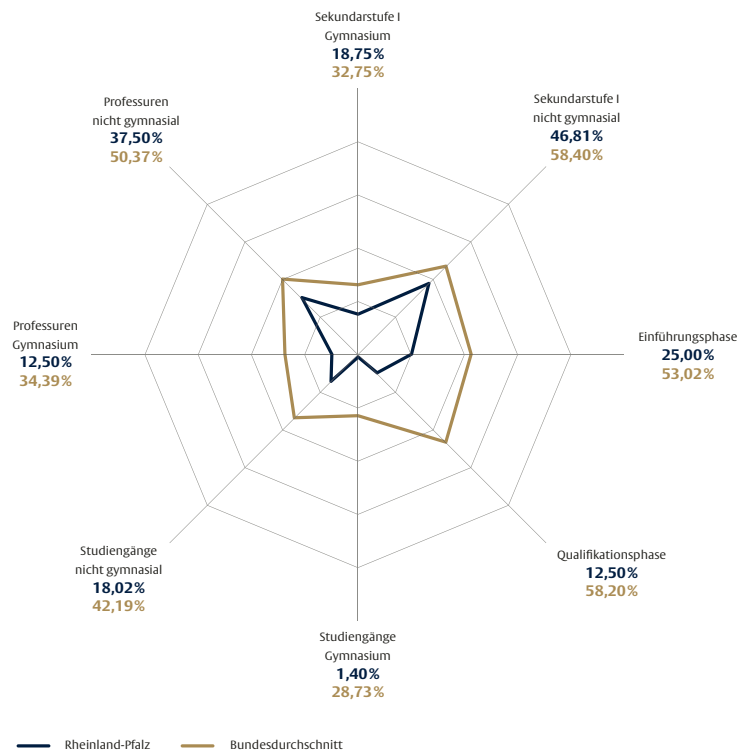
**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

**Rheinland-Pfalz**

Im Ranking der Bundesländer belegt Rheinland-Pfalz den **letzten Platz**. Aus dieser Platzierung wird die defizitäre Etablierung der ökonomischen Bildung deutlich. Dies ist unter anderem auf die mangelnde Verankerung ökonomischer Bildung in den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen zurückzuführen. In den für alle Schüler\*innen verpflichtenden Ankerfächern (Sozialkunde, Gesellschaftslehre) spielen ökonomische Inhalte eine untergeordnete Rolle. Am stärksten ist die ökonomische Bildung noch in der Realschule Plus verankert. Hier gibt es ein eigenständiges Wahlpflichtfach „Wirtschaft und Verwaltung“. Im Pflichtbereich der nicht-gymnasialen Schulformen stehen weniger als zwei Kontingentstunden für die ökonomische Bildung zur Verfügung. In der Sekundarstufe I des Gymnasiums ist es gar nur eine Kontingentstunde ökonomische Bildung im Pflichtbereich. In der Sekundarstufe II liegt eine ähnliche Situation vor.

Im Einklang mit der untergeordneten Rolle, die ökonomische Inhalte in den Fächern (Sozialkunde, Gesellschaftslehre) einnehmen, sind auch wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Inhalte in den Studiengängen, in denen Lehrkräfte für diese Fächer ausgebildet werden, nicht gut bzw. fast gar nicht verankert. Zudem gibt es nur an der Universität Koblenz-Landau eine wirtschaftsdidaktische Professur, die jedoch der Ausbildung von Lehrkräften für das Wahlpflichtfach „Wirtschaft und Verwaltung“ zuzuordnen ist. Neben dieser wirtschaftsdidaktischen Professur ist nur an der Universität Trier eine integrative Professur vorhanden (Didaktik der Gesellschaftswissenschaften). An allen anderen Standorten (Kaiserslautern, Mainz) sind keine wirtschaftsdidaktischen Professuren vorgesehen.

Insgesamt führen diese Umstände dazu, dass die ökonomische Bildung in Rheinland-Pfalz die Anforderungen an ein normales Nebenfach nur zu ca. einem Viertel erfüllt.



OeBiX-Erhebungskategorien Rheinland-Pfalz/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

**ABSCHLUSSBERICHT**

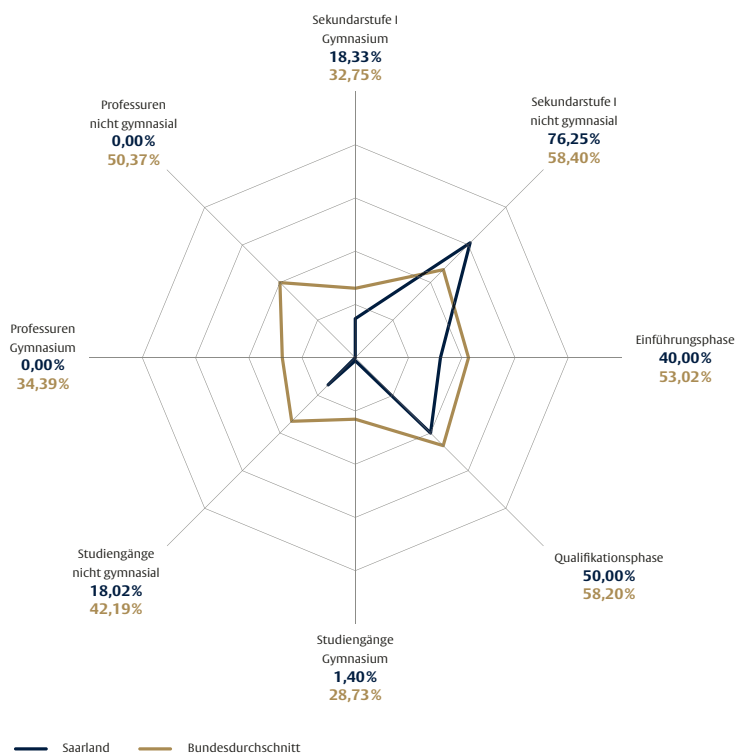
Ergebnisse

**Saarland**

Im bundesweiten Vergleich ist die ökonomische Bildung im Saarland nicht gut etabliert. Im Ranking der Bundesländer belegt das Saarland vor Rheinland-Pfalz und Sachsen lediglich der **14. Platz**. Am stärksten und auch deutlich überdurchschnittlich ist ökonomische Bildung im Saarland an der Gemeinschaftsschule verankert. Dies ist jedoch auf den Wahlpflichtbereich zurückzuführen. Alle Schüler\*innen an dieser Schulform, die keine zweite Fremdsprache wählen, müssen das Fach „Beruf und Wirtschaft“ belegen. Dieses Fach ist mit acht Kontingentstunden zudem auch zeitlich gut ausgestattet. Bei der Verankerung ökonomischer Bildung im Pflichtbereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen bestehen hingegen Optimierungspotenziale. In den verpflichtenden Ankerfächern (Sozialkunde, Gesellschaftswissenschaften) spielen ökonomische Bildungsinhalte eine untergeordnete Rolle.

Besondere Defizite finden sich auch in der Lehrkräftebildung für diese Fächer. So ist das Saarland das einzige Bundesland, das keine Wirtschaftslehrkräfte an Hochschulen ausbildet. Es existiert stattdessen eine Kooperation mit Rheinland-Pfalz. Die Anteile der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftsdidaktischen Inhalte im Studium sind dementsprechend gering (siehe hierzu auch die Ergebnisse zu Rheinland-Pfalz).

Insgesamt erfüllt das Saarland die Anforderungen an ein normales Nebenfach nur zu ca. einem Drittel.



OeBiX-Erhebungskategorien Saarland/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg



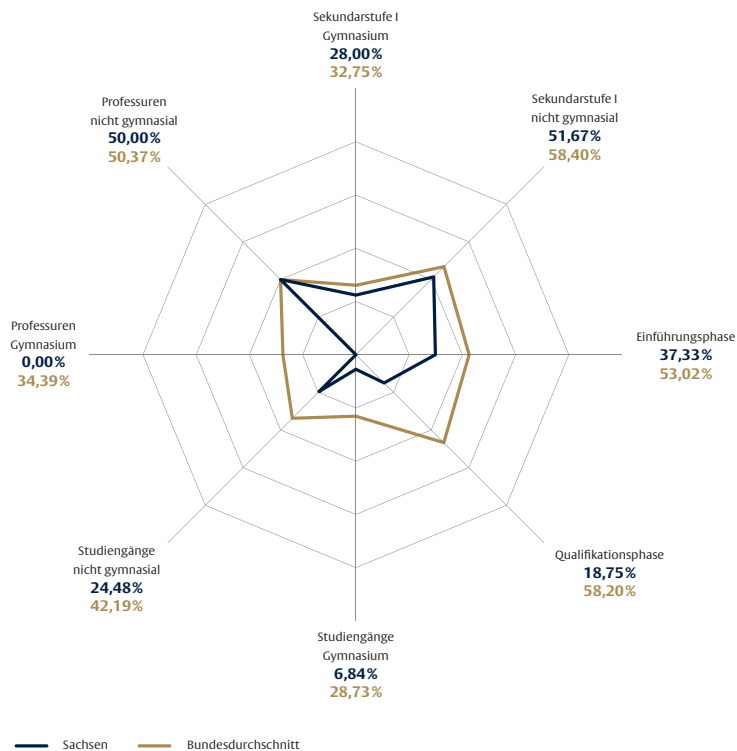
**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

**Sachsen**

Im Ranking der Bundesländer belegt Sachsen den **vorletzten Platz**. Dies liegt insbesondere daran, dass es weder im Pflicht- noch im Wahlpflichtbereich ein eigenständiges Fach „Wirtschaft“ gibt. Der Anteil ökonomischer Inhalte im wirtschaftsaffinen Pflichtfach an der Oberschule (Wirtschaft-Technik-Haushalt/Soziales) liegt bei 50 Prozent und im wirtschaftsaffinen Pflichtfach am Gymnasium (Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft) bei ca. einem Drittel. Dies wirkt sich auch auf die Kontingentstunden aus, die für Inhalte der ökonomischen Bildung zur Verfügung stehen. Sind es im Pflichtbereich der Sekundarstufe I an der Oberschule noch vier Kontingentstunden, stehen am Gymnasium nur zwei zur Verfügung.

Auch bei der Wirtschaftslehrkräftebildung in Sachsen zeigen sich Optimierungspotenziale. So gibt es für das Gymnasium im ganzen Bundesland keine einzige wirtschaftsdidaktische Professur. Das spiegelt sich auch in den geringen Anteilen wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftsdidaktischer Inhalte in diesen Studiengängen wider.

Insgesamt führt dies dazu, dass die ökonomische Bildung in Sachsen die Anforderungen an ein normales Nebenfach nur zu ca. einem Viertel erfüllt.



OeBiX-Erhebungskategorien Sachsen/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

ABSCHLUSSBERICHT

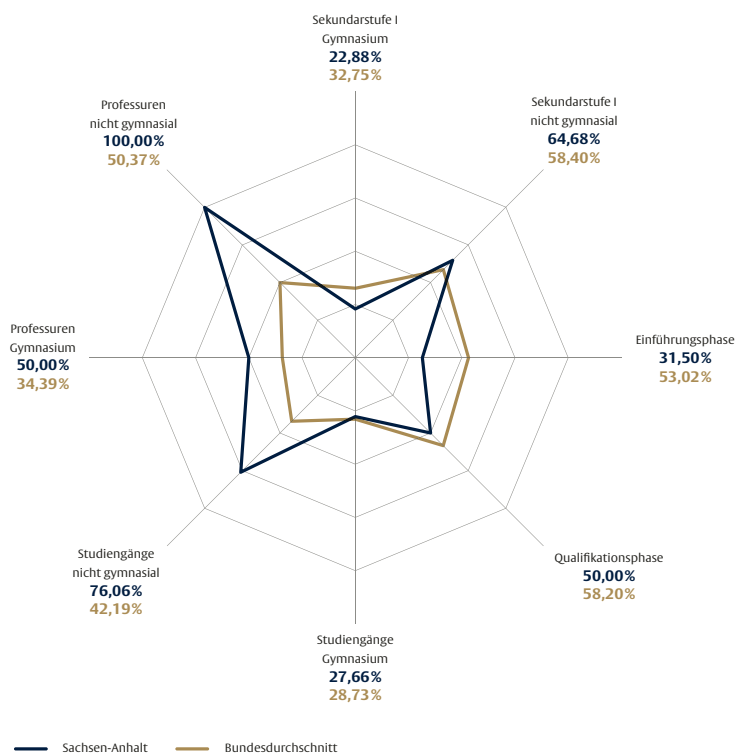
Ergebnisse

Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt belegt im bundesweiten Vergleich den **fünften Platz** und weist damit die stärkste Etablierung der ökonomischen Bildung unter den ostdeutschen Bundesländern auf. Das ist unter anderem auf die Verankerung der ökonomischen Bildung in den nicht-gymnasialen Schulformen (Sekundarschule, Integrierte Gesamtschule und Gemeinschaftsschule) zurückzuführen. So gibt es in Sachsen-Anhalt an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulformen, außer am Gymnasium, ein eigenständiges Pflichtfach „Wirtschaft“. Das Fehlen des Faches „Wirtschaft“ in der Sekundarstufe I des Gymnasiums macht sich auch im Zeitbudget bemerkbar, welches für ökonomische Bildungsinhalte zur Verfügung steht. Sind an nicht-gymnasialen Schulformen zumindest etwas über drei (Gemeinschaftsschule, Sekundarschule) bzw. vier Kontingentstunden (Integrierte Gesamtschule) ökonomische Bildung verankert, so steht am Gymnasium nur eine Kontingentstunde zur Verfügung.

Auch in der Wirtschaftslehrkräftebildung für die nicht-gymnasialen Schulformen ist Sachsen-Anhalt gut aufgestellt. Am Hochschulstandort Magdeburg, an dem die Wirtschaftslehrkräftebildung für das Lehramt an Sekundar- und Gemeinschaftsschulen (Sekundarstufe I) erfolgt, gibt es eine wirtschaftsdidaktische Professur. Auch sind wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Inhalte gut in diesem Studiengang verankert. Ein anderes Bild zeigt sich bei der gymnasialen Wirtschaftslehrkräftebildung. In den entsprechenden Studiengängen spielen wirtschaftsdidaktische und wirtschaftswissenschaftliche Inhalte eine weitgehend untergeordnete Rolle.

Trotz überdurchschnittlicher Verankerung der ökonomischen Bildung in der Sekundarstufe I der nicht-gymnasialen Schulformen erfüllt Sachsen-Anhalt die Anforderungen an ein normales Nebenfach nur knapp zur Hälfte.



OeBiX-Erhebungskategorien Sachsen-Anhalt/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

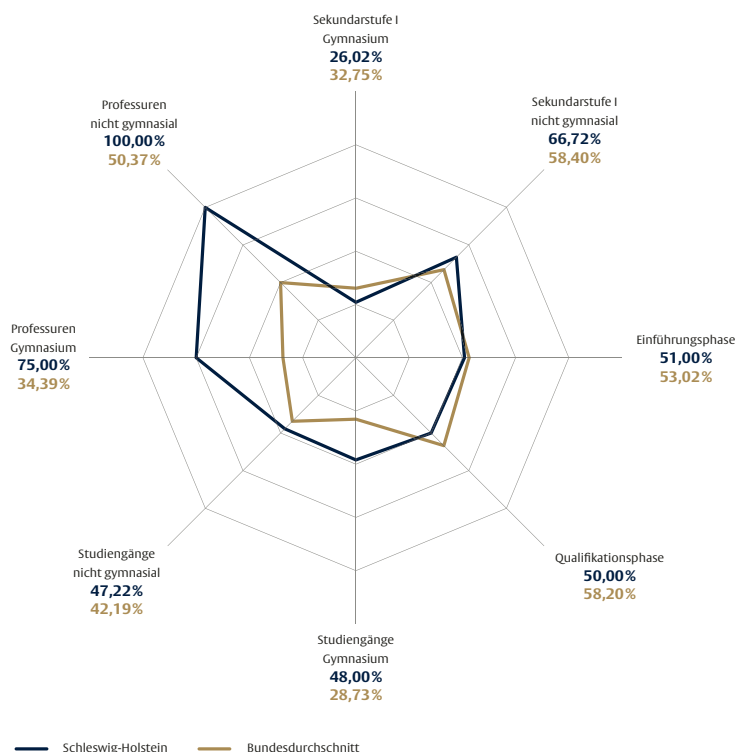
**ABSCHLUSSBERICHT**  
Ergebnisse

**Schleswig-Holstein**

Im Vergleich der Bundesländer ist die ökonomische Bildung in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich gut etabliert (**Platz 4** im Ranking). Dieses im Vergleich gute Abschneiden ist unter anderem auf die breite Verankerung ökonomischer Inhalte im Wahlpflichtbereich zurückzuführen. Beispielsweise kann in der Gemeinschaftsschule das Fach „Wirtschaftslehre“ als eines von vier Wahlpflichtfächern mit einem bemerkenswert hohen Stundenumfang belegt werden. Im Pflichtbereich der Sekundarstufe I wird in allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulformen das Fach „Wirtschaft/Politik“ unterrichtet. Dieses Fach umfasst zu 50 Prozent ökonomische Inhalte. Auch in der Sekundarstufe II ist das Fach „Wirtschaft/Politik“ sowohl in der Einführungsphase als auch in einem Halbjahr der Qualifikationsphase zu belegen.

Flensburg ist als der Hochschulstandort, an dem neben den Wirtschaftslehrkräften für das Gymnasium auch die Wirtschaftslehrkräfte für die Gemeinschaftsschule ausgebildet werden, mit einer wirtschaftsdidaktischen Professur ausgestattet. Für die Wirtschaftslehrkräftebildung in Kiel ist eine integrative fachdidaktische Professur zuständig („Wirtschaft/Politik und ihre Didaktik“). Die Anteile der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftsdidaktischen Inhalte im Studium für das Fach „Wirtschaft/Politik“ liegen analog zum Schulfach bei ca. 50 Prozent.

Trotz guter Ausstattung mit Professuren in der Lehrkräftebildung und einem umfangreichen Wahlpflichtangebot in der Sekundarstufe I der Gemeinschaftsschule erfüllt auch Schleswig-Holstein die Anforderungen an ein normales Nebenfach nur knapp zur Hälfte.



OeBiX-Erhebungskategorien Schleswig-Holstein/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

ABSCHLUSSBERICHT

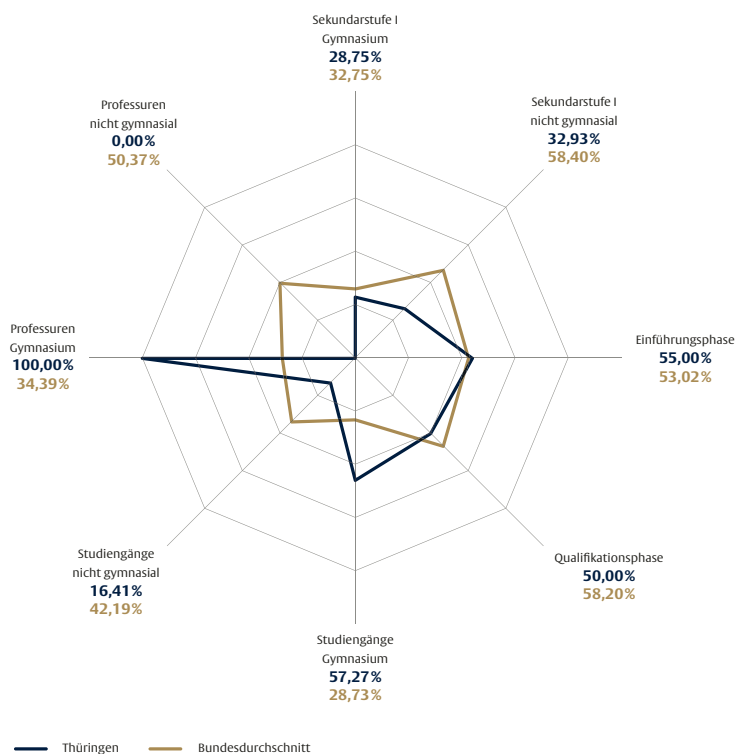
Ergebnisse

Thüringen

Ökonomische Bildung ist in Thüringen unterdurchschnittlich etabliert (**Platz 12** im Ranking der Bundesländer). An keiner weiterführenden allgemeinbildenden Schulform in Thüringen gibt es ein eigenständiges Fach „Wirtschaft“. So werden ökonomische Inhalte im Pflichtbereich der Sekundarstufe I in den Fächern „Wirtschaft und Recht“ (Gymnasium, Gemeinschaftsschule) und „Sozialkunde“ (Regelschule, Integrierte Gesamtschule) unterrichtet. Hierbei weist das Gymnasium mit zwei Kontingentstunden in der Sekundarstufe I noch das größte Zeitbudget für ökonomische Inhalte im Pflichtbereich auf. In der Regelschule und der Integrierten Gesamtschule gibt es ergänzend ein breites Wahlpflichtangebot mit den Fächern „Wirtschaft-Recht-Technik“ und „Wirtschaft-Umwelt-Europa“.

Optimierungspotenziale bestehen auch in der Wirtschaftslehrkräftebildung. So gibt es an den Standorten Erfurt und Jena, an denen Lehrkräfte für die Regelschule ausgebildet werden, keine wirtschaftsdidaktische Professur. Die gymnasiale Wirtschaftslehrkräftebildung in Jena hingegen wird von der wirtschaftspädagogischen Professur mitverantwortet. Entsprechend sind die wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftsdidaktischen Inhalte im Studium für das gymnasiale Lehramt höher als bei der nicht-gymnasialen Wirtschaftslehrkräftebildung.

Insgesamt führen die dargestellten Optimierungsbedarfe dazu, dass Thüringen die Anforderungen an ein normales Nebenfach nur zu knapp einem Drittel erfüllt.



OeBiX-Erhebungskategorien Thüringen/Bundesdurchschnitt, in %

Stand: 31.03.2021; Quelle: Die OeBiX-Studie, Hg. Flossbach von Storch Stiftung in Kooperation mit IÖB Oldenburg

## 5. Limitationen der Studie

Die im Rahmen der Studie erhobenen Daten ermöglichen eine grundlegende Einschätzung der Institutionalisierung der ökonomischen Bildung in den 16 Bundesländern. Gleichwohl sind die Erkenntnisse auf die ermittelten Daten beschränkt. Weitere interessante Daten, die aber leider aktuell nicht flächendeckend zur Verfügung stehen und auch nicht ohne Weiteres erhoben werden können, wären u. a. die Anzahl der Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung für das Ankerfach der ökonomischen Bildung, die Anzahl der Studienplätze für Wirtschaftslehrpersonen, quantifizierbare und umfassende Informationen zu Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich der ökonomischen Bildung, die Anzahl der Plätze für das Ankerfach der ökonomischen Bildung an Studienseminaren, die jährlichen Zahlen der Absolvent\*innen von Studiengängen für Wirtschaftslehrkräfte oder des Zweiten Staatsexamens (Referendariat) für das Ankerfach der ökonomischen Bildung.

Weitere Grenzen der Studie sind durch die Vorgaben zum Wahlpflichtunterricht in den Bundesländern bedingt. Die Schulen sowie die Schüler\*innen haben in aller Regel hinsichtlich des Wahlpflichtbereichs zahlreiche Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. So können die Schulen in vielen Bundesländern neben vorgegebenen Wahlpflichtfächern auch schuleigene Angebote machen. Auch ist in der Regel nicht vorgeschrieben, wie viele Wahlangebote den Schüler\*innen unterbreitet werden müssen, bzw. welche konkreten Wahlpflichtfächer eine Schule anbieten muss. Vor allem auch die Oberstufe (insbesondere die Qualifikationsphase) ist durch ein großes Wahlpflichtangebot geprägt. Vor diesem Hintergrund können die Kontingenzstunden, die für die ökonomische Bildung im Wahlpflichtbereich zur Verfügung stehen, in der Regel nur vergleichsweise grob geschätzt werden. Hier ist aber auch festzuhalten, dass Wahlpflichtangebote nur als zusätzliches Bonus-Angebot gesehen werden können. Um gleiche Teilhabechancen für alle Kinder und Jugendliche gewährleisten zu können, kommt es auf die Etablierung der ökonomischen Bildung im Pflichtkanon der schulischen Fächer an und dieser wurde in der Studie systematisch erhoben.

Eine weitere Einschränkung der Studie ist, dass sie keine Aussagen über die Qualität des Wirtschaftsunterrichts machen kann. So könnte man beispielsweise grundsätzlich fragen, ob vier Stunden in einem Fach Politik-Wirtschaft mit einem Anteil von 50 Prozent ökonomischer Bildung mit zwei Stunden Unterricht in einem eigenständigen Fach Wirtschaft gleichzusetzen sind, wie es in der vorliegenden Studie gehandhabt wird. So ist gerade aber nicht nur mit Blick auf Integrationsfächer fraglich, ob die schulischen Rahmenvorgaben immer eins zu eins in Unterricht umgesetzt werden oder ob die einzelnen Lehrkräfte individuelle Schwerpunkte setzen, beispielsweise vor dem Hintergrund eigener Qualifikationen oder Interessen. Ebenso kann gefragt werden, ob eine einschlägig ausgebildete Wirtschaftslehrperson in wenigen Stunden nicht bessere Leistungen fördern kann, als eine integrativ ausgebildete Lehrkraft mit wenig Wirtschaftskenntnissen in mehr Stunden. Diese qualitative Dimension konnte in der vorliegenden Studie nicht berücksichtigt werden, was zur Folge hat, dass die Situation der ökonomischen Bildung in Deutschland oftmals sogar noch defizitärer einzuschätzen ist, als es die quantitativen Daten vorgeben.

## Die OeBiX-Studie

Zum Stand der Ökonomischen Bildung in Deutschland

### ABSCHLUSSBERICHT

#### Literatur

- Badicke, M.** (2017): *Die mediale Funktion von statistischen Indizes*, Dissertation, Technische Universität Berlin.
- Döring, N./Bortz, J.** (2016): *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften*, 5. Auflage, Berlin/Heidelberg, Springer.
- Fend, H.** (2006): *Neue Theorie der Schule: Einführung in das Verstehen von Bildungssystemen*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gökbudak, M./Hedtke, R.** (2018): *Politische Bildung in der Sekundarstufe I: Ein Bundesländervergleich*, in: GWP, 67 (2), S. 221–232.
- Kaminski, H./Eggert, K.** (2008): *Konzeption für die ökonomische Bildung als Allgemeinbildung von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II*, Berlin, Bundesverband deutscher Banken.
- Kromrey, H.** (2006): *Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung*, 11. Auflage, Stuttgart, Lucius & Lucius.
- Lange, D.** (2010): *Monitor politische Bildung: Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland*, Schwalbach/Ts., Wochenschau Verlag.
- Latcheva, R./Davidov, E.** (2014): *Skalen und Indizes*, in: Baur, N./Blasius, J. (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden, Springer VS, S. 745–756.
- Leschinsky A./Cortina, K. S.** (2003): *Zur sozialen Einbettung bildungspolitischer Trends in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Cortina, K. S. (Hrsg.): *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland: Strukturen und Entwicklungen im Überblick*, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt-Taschenbuch-Verl., S. 20–51.
- Loerwald, D.** (2020): *Ökonomische Bildung in Deutschland: Status Quo und Perspektiven*, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 2020 (45), S. 239–253.
- Loerwald, D./Kirchner, V.** (2013): *Ökonomische Bildung im Zentralabitur: Eine qualitative Inhaltsanalyse der Zentralabituraufgaben 2007–2011*, in: Retzmann, T. (Hrsg.): *Ökonomische Allgemeinbildung in der Sekundarstufe II*, Schwalbach/Ts., Wochenschau Verlag, S. 67–78.
- Nardo, M./et al.** (2008): *Handbook on constructing composite indicators: Methodology and User Guide*, Paris, OECD.
- Schlösser, H. J./Weber, B.** (1999) *Wirtschaft in der Schule: Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien*, Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Schmid, A./et al.** (2012): *Wirtschaft und ökonomische Bildung in Hessen*, Frankfurt a. M., Goethe Universität Frankfurt am Main.
- VDMA** (2019): *Technikunterricht in Deutschland: Eine Analyse und Bewertung von Technik in den Curricula allgemeinbildender Schulen*. Frankfurt a. M., VDMA.

**Die OeBiX-Studie**  
Zum Stand der Ökonomischen Bildung in Deutschland

**ABSCHLUSSBERICHT**  
Impressum

*Autoren:* Prof. Dr. Dirk Loerwald, Dr. Stephan Friebel-Piechotta, Dennis Bode  
Institut für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg  
*Projektförderer:* Eine Studie im Auftrag der Flossbach von Storch Stiftung

© 2021 Flossbach von Storch Stiftung

**Herausgeber**

Flossbach von Storch Stiftung, Ottoplatz 1, 50679 Köln  
Telefon +49. 221. 33 88-0, Fax +49. 221. 33 88-101, info@fvs-stiftung.de  
*Vorstand:* Verena von Hugo (Vorsitzende), Peter Daubenbüchel (stellvertretender Vorsitzender)  
*Kuratorium:* Kurt von Storch (Vorsitzender), Dr. Bert Flossbach (stellvertretender Vorsitzender), Klaus Kühn, Prof. Dr. Thomas Mayer  
*Verantwortlich für die Inhalte der Internetseite:* Verena von Hugo (Vorstandsvorsitzende)

Die Flossbach von Storch Stiftung ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts.

**Zuständige Aufsichtsbehörde**

Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2–10, 50667 Köln

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Urhebers. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung gescannt und in ein Netzwerk gestellt werden.



[www.oebix-studie.de](http://www.oebix-studie.de)